

Zeitschrift: Freiburger Geschichtsblätter
Herausgeber: Deutscher Geschichtsforschender Verein des Kantons Freiburg
Band: 9 (1902)

Artikel: Das kirchliche Vermögensrecht des Kantons Freiburg in seiner historischen Entwicklung und heutigen Geltung [Schluss]
Autor: Holder, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das kirchliche Vermögensrecht des Kantons Freiburg in seiner historischen Entwicklung und heutigen Geltung.

Von
Prof. Dr. K. Holder.
(Schluß.)

Viertes Kapitel.

Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens.

Die Verwaltung des Kirchenvermögens¹⁾ lag ursprünglich in den Händen des Bischofs, welcher zuerst Diakonen, später eigens dazu aufgestellte Dekonomen, welche unter seiner Aufsicht standen, damit betraute. Das Anwachsen des Kirchenvermögens, namentlich an Grund und Boden, ließ eine einheitliche Verwaltung nicht mehr aufrecht erhalten; die Folge davon war die Abtrennung des Ortskirchengutes vom Gesamtkirchengut, etwa vom 8. und 9. Jahrhundert an, und eine besondere Verwaltung der bona parti-

¹⁾ S. Probst, Die Verwaltung des Kirchenvermögens in den drei ersten Jahrhunderten (Tübinger Quartalschrift, 1872, p. 383 ff); Grashof, Die Gesetze der römischen Kaiser über die Verwaltung . . . des kirchl. Vermögens (Archiv f. kathol. Kirchenrecht Bd. 36, p. 193 ff); Voening, Geschichte des deutschen Kirchenrechts I, p. 234 ff, II, p. 694 ff; Stuz, Die Verwaltung und Nutzung des kirchl. Vermögens in den Gebieten des weström. Reiches von Konstantin d. Gr. bis zum Eintritt der german. Stämme in die kathol. Kirche. Berlin. Diss. 1892; Derselbe, Geschichte des kirchlichen Benefizialwesens, I. Bd., 1. Hälfte, Berlin 1895; Derselbe, Die Eigenkirche, Berlin 1895, und die früher erwähnten Lehrbücher des Kirchenrechts.

cularia unter der Oberaufsicht des Bischofs. Die natürlich gegebenen Verwalter des Lokalkirchenvermögens waren die Vertreter der kirchlichen Institute, wie Pfarrer, Klostervorstand, Kapitel u. s. w. Waren die Laien zuerst von der Verwaltung des Kirchengutes ausgeschlossen, so brachten es die Verhältnisse mit sich, daß später auch Pfarrgenossen zur Teilnahme an der Verwaltung des Ortskirchengutes zugezogen wurden; seit dem 13. und 14. Jahrhundert treffen wir Laien, welche unter der Aufsicht der kirchlichen Behörden das Ortskirchengut als Kirchenmeister (Kilchmeyer), Pfleger, Kirchenvögte u. s. w. verwalteten.

Diese Autonomie in der Verwaltung des Kirchengutes wurde durch die Reformation durchbrochen, indem die weltliche Gewalt das Kirchenvermögen teils an sich zog, teils unter ihre Verwaltung stellte. Die Verwaltung des Kirchenvermögens kam auch in katholischen Ländern unter die Vormundschaft des Staates und konnte namentlich im 17. und 18. Jahrhundert nicht mehr frei ausgeübt werden. Namentlich war es das Staatsrecht des Josephinismus und die in Theorie und Praxis übergegangene rechtliche Anschauung, daß die Vermögensfähigkeit der Kirche eine Konzession des Staates sei, und daß folglich letzterer befugt sei, das Oberaufsichtsrecht über Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens auszuüben, welche für die Verwaltung des Kirchengutes von einschneidender Bedeutung wurden. Doch wollen wir hervorheben, daß diese Entwicklung keine einheitliche war und daß wir auch seit dem 16. Jahrhundert noch verschiedentlich ein Oberaufsichtsrecht des Bischofs über das Kirchenvermögen finden¹⁾.

§ 1.

Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens bis Ende des 18. Jahrhunderts.

A. Verwaltung des Kirchenvermögens. Neben die früheste Verwaltung des Kirchenvermögens auf Freiburger Territorium haben wir keine positiven Nachrichten. Seit dem 14. Jahr-

¹⁾ Vgl. z. B. Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien II, 1. Abteil., p. 255.

hundert treffen wir in Freiburg Kirchenpfleger, welche die Verwaltung der kirchlichen Stiftungen, des Armen- und Spitalfonds teils ausübten, teils darüber die Aufsicht führten¹⁾. Im Laufe des 15. Jahrhunderts dehnte sich die Anteilnahme der Kirchenpfleger an der Verwaltung allmählich auf das Kirchen- und Benefizialgut aus, aber doch so, daß die Autonomie der kirchlichen Verwaltung ziemlich gewahrt blieb²⁾. Den kirchlichen Korporationen aber, besonders den Klöstern, wurde bezüglich der Verwaltung ihres Vermögens weniger Spielraum gelassen. In der Regel wurden denselben Klosterbögte gesetzt, welche die Verwaltung zu führen und Rechnung zu stellen hatten³⁾. Diese Klosterbögte hatten weitgehende Befugnisse; die kirchlichen Genossenschaften konnten ohne den Klostervocht weder Kauf, Tausch noch andere Rechtsgeschäfte eingehen⁴⁾.

Dieser sich immer mehrenden Tendenz, die Verwaltung des Kirchenvermögens oder wenigstens die Aufsicht darüber in den Händen der Civilbehörde zu konzentrieren, trat im 15. und 16. Jahrhundert die Diözesangesetzgebung entgegen, indem dieselbe die immunitas des Kirchengutes scharf betonte, die Bestimmungen des Basler Konzils über den Gegenstand wiederholte und die Einmischung Unberechtigter in das kirchliche Vermögensrecht zurückwies⁵⁾.

Die Behörde, welche, wie schon früher betont wurde, am meisten in die Entwicklung des kirchlichen Vermögensrechtes eingriff, war die heimliche Kammer⁶⁾. Dies gilt auch von der Verwaltung des Kirchenvermögens. Der Einfluß der heimlichen Kammer auf die vermögensrechtlichen Angelegenheiten der kirchlichen

¹⁾ Daguet, Histor. Auszüge, 7. Sept. 1335, 7. Sept. 1338, 30. August 1393, 14. Oktober 1414, 3. Oktober 1431. (Freib. Staatsarchiv.)

²⁾ Vgl. Ratsmanual vom 8. Sept. 1451, 4. August 1452, 1. Juni 1464, 11. Aug. 1515, 17. Aug. 1549.

³⁾ Ratsmanual vom 8. November 1451, 13. April 1455, 29. Juni 1500 9. Juni 1509.

⁴⁾ Ratsmanual vom 12. März 1482.

⁵⁾ Constitutiones synodales 1494, fol. 21 ff, 32 ff; Constitutiones 1523, §§ 32 und 41.

⁶⁾ S. über die Befugnisse dieser Behörde: Holder, Ueberblick über die Freiburger Verfassungsgeschichte 1900, p. 12.

Korporationen läßt sich feststellen, soweit ihre Tätigkeit an der Hand der Protokolle zurückverfolgt werden kann¹⁾. Andererseits war es auch ein äußerer Grund, nämlich die mangelhafte Verwaltung des Kirchengutes, über welche häufig, auch von kirchlicher Seite, Klage geführt wurde, welcher einer Einmischung dieser Behörde Vorschub leistete. Diese Umstände brachten es mit sich, daß die weltliche Behörde einen immer größeren Einfluß auf die Verwaltung des Kirchengutes erlangte und schließlich, wie über eine ihr zustehende Sache, Gesetze und Verordnungen erließ.

Wir haben oben erwähnt, daß die kirchlichen Genossenschaften Rechnung über die Verwaltung ihres Vermögens ablegen mußten; dies wird im Jahre 1547 als „alter loblicher bruch“ bezeichnet. Daß diese Rechnungsablegung nicht immer mit Regelmäßigkeit geschah und auch oft unterblieb, und daß sich die kirchlichen Korporationen dieser aufgelegten Verpflichtung zu entziehen suchten, ist leicht zu begreifen. Diesem Zustande wollte die heimliche Kammer ein Ende machen²⁾, da man in geistlichen Häusern und Klöstern zu Stadt und Land schlecht haushalte. Dies komme daher, weil man die Rechnungen derselben nicht prüft. Deshalb regt die heimliche Kammer an, daß die Angelegenheit näher beraten werden solle, und daß den geistlichen Häusern von drei zu drei Jahren Bögte neu angestellt und bestätigt werden.

Die Anregung fiel auf günstigen Boden. Der Rat beschäftigte sich wiederholt mit der Sache und drang darauf, daß die Rechnungsablage der kirchlichen Genossenschaften regelmäßig durchgeführt würde³⁾. Die heimliche Kammer sorgte dafür, daß der Eifer des Rates nicht erlahmte. Sie wachte über die Ausführung der obrigkeitlichen Bestimmungen, ersuchte, wenn es ihr notwendig schien, den Rat um neue Verordnungen, hielt die säumigen Verwalter zur Ablegung ihrer Rechnungen an, forderte zur Kontrolle einen Auszug der Einkünfte der Gottesglieder u. s. w. Sie erhob sich heftig gegen unnütze Ausgaben, verlangte die Büchtigung

¹⁾ S. die Projektbücher 1495 ff.

²⁾ Projektbuch W. Proj. 1547 (Légit. et var. 55, fol. 1^b).

³⁾ S. die Ratsmanuale und die Ratserkanntnissenbücher von 1549 ff.
z. B. Ratsmanual vom 13. Juli 1579.

der betreffenden Klöster und die Abstellung des „großen zeug und gasterei;“ sie deckte die Mißbräuche, welche sich bei Ablegung der Rechnungen eingeschlichen hatten, auf, und verlangte die Durchführung einer energischen Ordnung bei Prüfung der Klosterrechnungen. Nicht nur die Klöster in der Stadt sondern auch auf dem Lande sollen verhört werden. Auch von den Kirchmeiern und den Bruderschaften sollen die Rechnungen abgelegt werden¹⁾.

Der Rat ermahnte die Klöster zur Sparsamkeit und drang darauf, daß alle überflüssigen Ausgaben vermieden werden²⁾. Da die rationelle Verwaltung des Klostervermögens zu wünschen übrig ließ, setzte der Rat eine Kommission ein, welche sich beraten sollte, auf welche Weise das Vermögen am vorteilhaftesten verwaltet werden könne; diese Kommission sollte dann dem Rat Bericht erstatten. Die Vorschläge, welche aus den Kommissionsberatungen hervorgingen und durch den Rat im Jahre 1581 den Klosterobern vorgelegt wurden, sind folgende³⁾:

1. Es wäre gut, wenn jedes geistliche Haus einen Laien hätte, welcher mit der Verwaltung aller Güter und Einkünfte, in einem Worte, mit der Verwaltung des Zeitlichen: Abgaben, Zehnten, Güter, Weinberge, Alpen, Vieh u. s. w. betraut würde. Derselbe sollte ebenfalls befugt sein, das Haus in Rechtssachen zu vertreten.
2. Dieser Verwalter soll das Vermögen gewissenhaft verwalten, im Kloster wohnen und den Klosterobern Rechnung schuldig sein.
3. Da die Klöster viele entlegene Liegenschaften besitzen, deren Bewirtschaftung große Kosten verursache, so wäre es besser, solche Güter an Bauern zu verpachten. Dadurch würde viel Weg und Zeitverlust für die Religiosen erspart und die Einkünfte erhöht.
4. Die Klöster sollen sich der Sparsamkeit und der Genügsamkeit befleißigen.

¹⁾ Projektbuch 1555, 1557, 1559, 1568, 1571 (Léisl. et var. 55, fol. 30^a, 39^b, 45^a, 104^a, 125); Projektb. 1572, 1578, 1580 (Léisl. et var. 56, fol. 5, 71^b, 95); Projektb. 1597, 1600, 1602 (Léisl. et var. 57, fol. 233, 249, 260, 261).

²⁾ Ratsmanuale und Ratserkanntnüssenbücher vom 18. Juli 1558, 6. November 1559, 23. Juli 1560, 2. Mai 1564 u. s. w.

³⁾ Ratserkanntnüssenbücher 16, fol. 137^b (18. Juli 1581).

Welchen Erfolg dieser Vorschlag hatte, läßt sich nicht feststellen; tatsächlich scheint an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert worden zu sein. Die heimliche Kammer setzte ihre Bemühungen in der angegebenen Richtung fort, und der Rat schärfte wiederholt die Verordnung ein, die Klosterrechnungen zu verhören¹⁾. Nach althergebrachter Sitte begaben sich die Deputierten zur Abnahme der Rechnungen in die Klöster und versammelten den Konvent. Im Jahre 1595 und 1596 berät sich der Rat darüber, ob es nicht besser wäre, die Rechnungen hier zu verhören; doch wurde beschlossen, für dieses Jahr noch beim Alten zu bleiben, jedoch könne dies für die Zukunft nicht maßgebend sein²⁾.

Um den unbefugten Eingriffen der Kirchenpatrone und anderer Laien in die Verwaltung des Kirchenvermögens, speziell der Benefizien, Einhalt zu tun, beschloß der Rat, auf die Klage der Benefiziaten hin, ein Verzeichniß der Einkünfte der Pfarrbenefizien, Kapellen, Kirchenfabriken und anderer geistlichen Glieder machen zu lassen; dabei solle festgestellt werden, wie viel die Kirchenpatrone von den Einkünften beziehen, und ob dieselbe solche nicht wiederrechtlich sich aneignen u. s. w. Diese Aufnahme soll auf dem ganzen Territorium gemacht werden und zwar in den Vogteien im Beisein des Regierungsstatthalters. Ein Bericht soll darüber dem Rat eingereicht werden³⁾.

Auch die kirchliche Behörde hielt darauf, daß die Verwaltung des Kirchengutes eine regelmäßige sein sollte. Die Synodalgesetzgebung erließ Bestimmungen, welche eine gewissenhafte Verwaltung des Kirchenvermögens bezweckten; dieselbe betont, daß der Benefiziat das Kirchenvermögen und die kirchlichen Einkünfte überwachen solle, und daß er für allfälligen Schaden am Kirchenvermögen haftbar gemacht wird. Die Bruderschaften werden zu jährlicher Rechnungsablegung gezwungen; die Rechnungsablegung über Vermögensstand und Einkünfte der Benefizien muß in Gegenwart des Pfarrgeistlichen stattfinden⁴⁾.

¹⁾ Vgl. Ratsmanual und Ratserkanntnissenbücher vom 28. Nov. 1594, 1. Feb. 1595, 8. Juni 1595, 2. Mai 1596, 7. Mai 1597; Projektbuch 1597 ff.

²⁾ Ratsmanual vom 17. April 1595 und 2. Mai 1596.

³⁾ Mandatenbuch III, fol. 34^a (1. Dezember 1611).

⁴⁾ Constitutiones synodales 1494, fol. 32; Const. synodales 1523

Der Rat übte seit Anfang des 17. Jahrhunderts eine strenge Kontrolle über die Verwaltung der kirchlichen Körporationen aus. Im Jahre 1612 erließ er eine Ordnung¹⁾ betreffs der Spital- und Bruderschaftsrechnungen; er forderte jährliche eingehende Rechnungsablage von Klöstern und kirchlichen Körporationen und verwandte darauf Tage und Wochen. Der Reihe nach sehen wir die Verwalter verschiedener Stiftungen, wie Seelenmeister, Siechenvogt, Kirchmeier, Bruderschaftsmeister, Spitalmeister, ferner die Klöster Altenrys, Part-Dieu, Valsainte, Barfüßer, Augustiner, Magerau u. s. w., das Kapitel St. Niklaus, die Benefiziaten und Pfarrreien vor dem Rat erscheinen, um Rechenschaft abzulegen²⁾. Die säumigen Gottesglieder, sowohl Klöster als Geistliche, werden wiederholt ermahnt, jährlich ihre Rechnung abzulegen und am bestimmten Tage vor den Deputirten zu erscheinen³⁾.

Bezüglich der Kirchengüter, welche die Landleute in Händen haben, wurde im Jahre 1660 bestimmt, daß über die Verwaltung derselben in Gegenwart des Pfarrherrn, des Banners und des Vogtes jährlich Rechnung abgelegt werden soll⁴⁾. Im Anschluß daran erneuerte der Rat ein früheres Mandat der Kirchengüter wegen, von denen gesagt wird, daß sie nicht gut in den Händen der bestellten Kirchenpfleger gelassen werden können aus Besorgniß, dieselben könnten verschleudert werden; eine jährliche Rechnungsablage in Gegenwart des Pfarrers und des Vertreters der weltlichen Behörde sei notwendig⁵⁾.

Die heimliche Kammer hatte unterdessen den Klöstern ihre spezielle Aufmerksamkeit gewidmet. Nach jahrzehntlangen Anstrengungen brachte dieselbe im Jahre 1673 eine Reform des Vermögensrechtes, hauptsächlich die Klöster betreffend, von welcher

§ 41; Statuta synodalia 1599 c. II, § 8; Stat. synod. 1625, § 21; Constit. synodales 1665, fol. 114; Manuale curiae episcopalis 1594 ff. passim (Bischöfl. Archiv).

¹⁾ Ratsmanual vom 16. April 1612.

²⁾ Mandatenbuch 1621 ff. §. B. III, fol. 204, 205, 302^b, 409^b, 603^a, 619^a u. s. w.

³⁾ Ratsmanual vom 13. März 1646, 28. Mai 1652.

⁴⁾ Ratsmanual vom 20. Mai 1660.

⁵⁾ Mandatenbuch V, fol. 115 (20. Sept. 1660).

im ersten Kapitel das nähere zu finden ist, zu Stande. Die die Verwaltung des Klostergutes betreffenden Bestimmungen sind folgende¹⁾:

„Es wird bei allen Klöstern zur Verwaltung der weltlichen Geschäfte von der gnädigen Obrigkeit je ein Pfleger bestellt werden, dessen Ernennung ohne Widerrede für alle Zeiten zu den Befugnissen des Rates gehören soll.

Jährlich wird der Pfleger des Gotteshauses dem Rat oder der dazu deputierten Behörde den Bericht seiner Verwaltung vorlegen mit Angabe des Vermögens, der Einnahmen und Ausgaben, damit die Obrigkeit wisse, wie das Vermögen verwaltet wird, und ob die aufgestellten Verordnungen befolgt werden.

„Von den künftigen Verwaltern soll ein Eid gefordert werden“²⁾.

Dieses Reglement wurde den kirchlichen Korporationen, welche, seien es Klöster oder andere geistliche Glieder, der Obrigkeit jährlich Rechnung zu stellen schuldig sind, mitgeteilt mit der Aufforderung, ihre Rechnungen jährlich, wie es von alten Zeiten her immer Brauch war, mit Angabe aller Hauptgüter mitzuteilen, damit man wisse, in welchem Stand der Dekonomie sie sich befinden³⁾.

Die Mahnungen und Aufforderungen an die Gottesglieder, die Rechnungen abzulegen, wiederholten sich bald seitens des Rates. Die Verzeichnisse der liegenden und fahrenden Güter mußten eingefordert werden, unter Androhung der obrigkeitlichen Beschlagnahme derjenigen Güter, welche nicht angegeben werden⁴⁾. Die bei Gelegenheit der Rechnungsablage der kirchlichen Korporationen übliche Mahlzeit wurde im Jahre 1692 abgeschafft und dafür eine von den Gottesgliedern zu bezahlende Entschädigung eingeführt⁵⁾.

¹⁾ Ratsmanual vom 26. Januar 1673.

²⁾ Letztere Bestimmung wurde als zu weitgehend beanstandet (Ratsmanual vom 26. Januar 1673).

³⁾ Geistliche Sachen Nr. 446 (14. April 1678).

⁴⁾ Ratsmanual vom 22. Mai 1681, 4. März 1683.

⁵⁾ Ratsmanual vom 28. Mai 1692.

Die heimliche Kammer verlor die Verwaltung der kirchlichen Korporationen nicht aus dem Auge. Wie wir oben gesehen haben, hat dieselbe durch zielbewußtes Vorgehens am Ende des 17. Jahrhunderts die Errichtung einer Amortisationskammer, welche den Erwerb der kirchlichen Korporationen zu überwachen hatte, einer Dotationskammer, welcher die Dotirung der Klostergeistlichen unterstand und einer Exekutionskammer, welche die Ausführung der Gesetze und Bestimmungen in Betreff des kirchlichen Vermögensrechtes zu besorgen hatte, durchgesetzt. Zu derselben Zeit sehen wir dieselbe ebenfalls bemüht, die Errichtung einer Administrations- und Aufsichtskammer, welcher die Aufsicht über Verwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens unterstellt werden sollte, zu erreichen. Zur Begründung der Notwendigkeit derselben weist die heimliche Kammer auf die mangelhafte Verwaltung der Renten und Einkünfte der Gottesglieder, auf die zu großen Ausgaben und auf den schlechten Haushalt derselben hin und verlangt zuerst ein Reglement, um den Mißbräuchen in der Verwaltung ein Ende zu machen, sowie eine regelmäßige jährliche Einberufung und eingehende Prüfung der Rechnungen¹⁾). Im Jahre 1731 stellt die heimliche Kammer den Antrag, die obenerwähnte Kammer zu errichten und begründet den Antrag damit, daß die Seckelmeister, Stadtschreiber und Venner, welche die Inspektoren und Väter der Gottesglieder von Amtswegen sind, mit mannigfaltigen Geschäften anderweitig so überhäuft sind, daß es ihnen gleichsam unmöglich ist, eine rechte und genügende Aufsicht über die Gottesglieder zu führen²⁾). Diese Kommission wurde vom Rote eingesezt; im Zusammenhang damit wurde die Stellung und die Befugnisse der Klostervögte neu beraten³⁾). Wir erfahren nichts näheres über die spezielle Befugnisse dieser Verwaltungskommission, noch über das Verhältnis der Klostervögte zu derselben. Seit 1756 treffen wir dieselbe in Thätigkeit und mit der Verwaltungsaufsicht betraut; im Laufe des 18. Jahrhunderts tritt sie uns wiederholt entgegen und führt auch den Titel « commission de vérification des comptes »⁴⁾.

¹⁾ Projektbuch 1679, 1716, 1721, 1722 (Légit. et var. 58, fol. 135^a, 212^a, 220^b, 222^a).

²⁾ Projektbuch 1731 (Légit. et var. 58, fol. 242).

³⁾ Projektbuch 1756 und 1757 (Légit. et var. 58, fol. 324^a, 325^b).

⁴⁾ Ratsmanual vom 8. Juli 1757, 26. März 1776, 27. April 1780.

Das 18. Jahrhundert brachte in Bezug auf die Verwaltung des Kirchenvermögens keine weiteren neuen Momente. Die Biegel der Verwaltung des Kirchengutes wurden immer straffer angezogen, die weltliche Behörde regierte in Bezug auf die Verwaltung des Kirchengutes so zu sagen als ausschließlicher Faktor. Es ist überflüssig, die Anzüge und Aufforderungen, welche an die kirchlichen Korporationen behufs Rechnungsablegung und Verwaltung im 18. Jahrhundert ergingen, aufzuführen¹⁾. Dass diese Aufsicht eine gründliche war, ergibt sich, um ein Beispiel anzuführen, aus dem Ersuchen des Rates²⁾ an das Kapitel St. Niklaus, die Titel aller seiner Kapitalien, Renten, Ausgaben und den Nachweis der bisherigen Verwaltung seiner Güter vorzulegen. Da die Rechnung des Kapitels nicht nach obrigkeitlichem Befehl aufgestellt war, so wurde dieselbe suspendirt und dem Kapitel der positive Befehl zugesandt³⁾ mit der Weisung, dass 1. die Kapitalien summariter in diese Rechnungen kommen und spezifirt werde, wie viel Zins davon empfangen wurde, 2. die Summe der Anniversarien und die Einkünfte derselben angezeigt werden, 3. die Stiftungen spezifiert werden und das Einkommen derselben ebenfalls angegeben werde, 4. der Propst dafür sorgen solle, dass der Procurator nicht so lange derselbe bleibe.

Die Klagen über schlechte Verwaltung der kirchlichen Korporationen wiederholten sich ebenfalls in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Der Rat ließ nun allen Klöstern, Gottesgliedern, Bruderschaften u. s. w. durch Generalmandat bekannt geben, dass dieselben keine Handlung von vermögensrechtlicher Wirkung ohne obrigkeitliche Gutheissung, und zwar unter Strafe, vornehmen können; zugleich beantragt er die Verwaltungskommission, einzelne kirchliche Korporationen, bei welchen besonderer Anlaß vorlag, funditus zu untersuchen und einzusehen⁴⁾. Zur Herstellung einer rationellen Dekonomie wird ein Verwaltungs-

¹⁾ Vgl. Ratsmanual und Ratserkanntnissenbücher von 18. Juni 1734, 10. Juni 1737, 5. März 1753 u. s. w.

²⁾ Ratsmanual vom 16. November 1756.

³⁾ Ratsmanual vom 8. Juli 1757.

⁴⁾ Ratsmanual vom 26. März 1776; Mandatenbuch V, fol. 238.

plan aufgestellt und Bestimmungen über Ausgaben, Sparsamkeit und Rechnungsablegung gegeben¹⁾.

B. Verwendung des Kirchenvermögens²⁾). Diese ist im Laufe der Jahrhunderte im ganzen dieselbe geblieben, wie sie ursprünglich war. In den ersten Zeiten wurden die Einkünfte jeder Kirche gewöhnlich in vier Teile geteilt: für den Bischof und die kirchliche Verwaltung, den Klerus, zum Unterhalt der kirchlichen Gebäude und des Kultus und für die Armen. Nach Abtrennung des Ortskirchengutes vom allgemeinen Kirchengut und mit der Ausbildung des Eigentums der einzelnen Kirchen trennte sich an letzteren in der Regel das Ortskirchengut in Benefizialgut, zum Unterhalt der Geistlichen, und in Fabrikgut, zum Unterhalt der kirchlichen Gebäude und des Kultus. Neben diesen entstanden beinahe überall noch besondere kirchliche Stiftungen zum Unterhalt der Schulen und der Armen. Die Sorge für die Armen blieb dennoch als Pflicht des Klerus bestehen, wenn auch durch die Stiftung von Wohltätigkeitsanstalten die Last vermindert wurde; doch hat die neuere kirchliche Gesetzgebung diese Verpflichtung erneuert³⁾.

Über die älteste Verwendung des Kirchenvermögens auf Freiburger Territorium haben wir keine bestimmten Nachrichten; ohne Zweifel galt das gemeine kirchliche Recht. Die Handfeste von 1249, welche im wesentlichen eine Neubestätigung der Gründungsurkunde von 1179 ist, bestimmt⁴⁾), daß von erblosem Gut ein Drittel zu kirchlichen Zwecken verwendet werden soll; über die Art der Verwendung wird nichts gesagt.

Daß die Verwendung des Kirchenvermögens und der Einkünfte desselben unter der Kontrolle des Bischofs stand, ersehen wir aus den Klagen, welche uns in den bischöflichen Visitationsprotokollen über Verschleuderung und schlechte Verwendung des Kirchenvermögens entgegentreten. Die Synodalgesetzgebung⁵⁾ be-

¹⁾ Ratsmanual und Ratserkenntnissenbuch vom 27. April 1780.

²⁾ c. 27—30, C. XII, qu. 2; Voening, Geschichte des d. Kirchenrechts I, p. 240 ff. II, p. 695 ff.

³⁾ Conc. Tridentinum. Sess. XXV c. 1. de reformatio.

⁴⁾ Handfeste ed. Lehr. § 23.

⁵⁾ Constitutions synodales, fol. 1494, fol. 20^b, 21.

legt mit Strafen diejenigen, welche die Einkünfte der Benefizien ohne Rechtstitel beziehen, und wendet sich gegen Patrone und andere, welche von den Einkünften der Benefizien mehr beziehen, als ihnen von Rechtswegen zusteht. Diese Bestimmungen wurden im Jahre 1523 erneuert und in den späteren Statuten dahin erweitert, daß von den kirchlichen Rechtsamen und Einkünften nichts preisgegeben werde, sondern daß dieselben stiftungsgemäß und nicht zu Gunsten der Familie des Benefiziaten verwendet werden sollen¹⁾.

Die weltliche Behörde scheint erst dann Veranlassung genommen zu haben, bezüglich der Verwendung des Kirchenvermögens einzutreten, als Mißbräuche sich in die Verwendung desselben einschlichen. Vorher beschränkte sie sich darauf, über Verwendung von Opfer und Zehnten, Regelung der Einkünfte, Anstände wegen Einkünfte u. s. w. zu statuiren²⁾. Als dann die Klagen wegen schlechten Haushalts der Klöster in Stadt und Land vorgebracht wurden, sah sich der Rat veranlaßt, näher über die Verwendung des Klostervermögens zu wachen³⁾. Um der Nichterfüllung vorgeschriebener Bedingungen und stiftungswidriger Verwendung bei Schenkungen, Vermächtnissen, Stiftungen u. s. w. vorzubeugen, hat das Stadtrecht folgende Bestimmungen aufgenommen⁴⁾:

§ 361. Wann die geding und vorbehalt einer gabung nit gehalten werdend. In gemein ist eine gabung beschechen mit geding und vorbehalt und das geding usgaht oder aber nit erstattet würd, so mag die gabung widerruft werden durch den geber selbs oder durch syne erben.

§ 362. In gottsgaben. Wann einer ein erbärmbliche gabung oder ein gabung us andacht, als gottsgaben, die den armen, den stiftten . . . geschehen, empfacht und die condition und geding, in welchen die gab vergabt worden, nit haltet, dieselbige auch nach des gebers

¹⁾ Constitutiones synodales 1523, §§ 30, 32; Statuta synodalia, 1625, §§ 2, 22; Constitutiones synodales 1665, fol. 114.

²⁾ Ratsmanual vom 6. Juni 1483 ff.; Projektbuch 1501, 1502, 1503 ff. (Légit. et var. 54, fol. 18^b, 25^a u. s. w.).

³⁾ Projektbuch 1547 (Légit. et var. 54, fol. 1^b).

⁴⁾ Municipale ed. Schnell, §§ 361, 362.

willen, meinung und ordnung ohne änderung und gloss nit brucht noch anwendt, so mag des gebers erb und syne nachkommen die gabung mit fug und recht entkräftigen lassen.

Es wurden ebenfalls wiederholt Klagen seitens der Benefiziaten laut, welche vorbrachten, daß die Kirchenpatrone die hauptfächlichsten Einkünfte an sich ziehen, so daß zu anderweitiger Verwendung wenig übrig bleibe. Der Rat versprach Abhilfe¹⁾. Im Jahre 1627 machte der Rat dem Kapitel St. Niklaus Vorhalt darüber, daß ein Kanonikat Jahre lang nicht besetzt werde und die Einkünfte desselben anderweitig verwendet werden. Der Rat verlangt, daß das Kanonikat wieder besetzt werde, zumal der Gottesdienst nicht gut gesungen sei; er erwarte Bescheid in dieser Angelegenheit. Sollte das Kapitel, wie solches schon vorgekommen sei, sich ungünstig oder unehrerbietig aussprechen, so werde man dasselbe schon an geistliche Zucht gewöhnen können²⁾.

Ein offenes Auge hatte auch die heimliche Kammer für die Verwendung des klösterlichen Einkommens. Dieselbe verlangte genaue Kontrolle über die Ausgaben der Klöster; sie beklagt sich ferner, daß, ungeachtet des großen Einkommens der Klöster, wenig für gute Zwecke verwendet wird, sondern daß dasselbe zum großen Teil dazu dient, um den Müßiggang zu erhalten. Dieser Mißbrauch soll abgeschafft, und es sollen Mittel beraten werden, wie dies am besten geschehen könne³⁾.

Der Rat hielt sehr auf die stiftungsgemäße Verwendung des Kirchen- und Stiftungsvermögens. Auf eine Anfrage der heimlichen Kammer, ob man die Gottesglieder nicht zu Trost und Hilf der in den vaterländischen Kriegen geschädigten oder in Armut geratenen Bürger heranziehen dürfe, zumal die Einkünfte derselben oft nicht zur richtigen Verwendung kämen, antwortete der Rat, daß er keineswegs gestatten werde, daß das Einkommen wider die Intention des Stifters angewandt werde⁴⁾. Im Jahre

¹⁾ Mandatenbuch III, fol. 34 (1. Dez. 1611).

²⁾ Mandatenbuch III, fol. 635^a (10. November 1627).

³⁾ Projektbuch 1644, 1645 (Légit. et var. 58, fol. 54^a, 57^a).

⁴⁾ Projektbuch 1659 (Légit. et var. 58, fol. 97^b).

1660 verordnete der Rat verschiedene Maßnahmen, damit das Kirchengut nicht verschleudert und der richtigen Verwendung nicht entzogen würde¹⁾.

Ueber die Verwendung der Einkünfte in Frauenklöstern wurde im Jahre 1673 bestimmt, daß mit den Zinsen des Vermögens die Klosterfrauen erhalten werden; darin werden die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Instandhaltung der Gebäude, der Gehalt des Kaplans, die Ausgaben für Sakristei und Kirchenausschmückung und alle anderen Sachen inbegriffen²⁾.

Ueber die Verwendung der Einkünfte aus dem Vermögen der Gottesglieder und Stiftungen weiß die heimliche Kammer an den Rat im Jahre 1679 zu berichten, daß man gegen die Intention der Stifter geht, das Einkommen nicht nur für allerhand unnütze und unverdiente, wie auch für fremde Personen verwendet, sondern daß man auch so viel ausgibt, daß das Grundvermögen angegriffen und also die Bruderschaften und das Spital zu Grunde gerichtet werden. Deshalb haben die Venner und die heimliche Kammer befunden, daß es an der Zeit sei, größerem Uebel vorzubeugen und die Angelegenheit vorzubringen, damit solcher überschwenglicher Ausgaben wegen der Rat eine bessere Ordnung erlassen und die Ausführung derselben einer zu errichtenden Behörde (Administrations- und Aufsichtskammer) übertragen solle³⁾. Der Rat ging teilweise auf die Anregung ein und erließ vor der Hand eine Bestimmung über die Verwendung des Stiftungsvermögens⁴⁾. Die Wirkung war nur von kurzer Dauer; denn schon im Jahre 1685 hob die heimliche Kammer hervor, daß die Gottesglieder, Spital und Bruderschaften u. s. w. zu Grunde gehen müssen, wenn nicht ernste Remedien geschaffen wird, da es bekannt sei, daß jährlich das eine oder andere Gottesglied von seinem Grundvermögen verbrauche und verwende. Es sei nun an der Zeit, daß der Rat ein „sattes“ Reglement erlässe und

¹⁾ Mandatenbuch V, fol. 115 a.

²⁾ Ratsmanual vom 26. Januar 1673.

³⁾ Projektbuch 1679 (Légit. et var. fol. 135 a). Das nähere schon oben.

⁴⁾ Ratsmanual vom 29. Oktober 1631.

durchföhre. Die Einkünfte der Gottesglieder seien festzustellen, und die Ausgaben darnach zu beschränken. Daz die Einkünfte der Stiftungen erschöpft werden, liegt unter anderem in dem Umstände, daß ein großer Müßigang herrscht, und daß beinahe niemand arbeitet; man nimmt auch allerhand schlechte arme Leute zu Hintersassen an oder tolerirt dieselben. Diese alle leben aus den Stiftungen; Arme aus alten und verburgrechteten Geschlechtern seien es nur wenige, welche von den Gottesgliedern erhalten werden¹⁾. Der Rat ging auch diesmal auf den Vorschlag der heimlichen Kammer ein und verordnete eine Reform der Gottesglieder im angegebenen Sinne und die stiftungsgemäße Verwendung des Vermögens²⁾.

Dem Nebelstande auf die Dauer abzuhelfen, schien auf diese Weise undurchführbar. Anfangs des 18. Jahrhunderts kam die heimliche Kammer auf die Angelegenheit zurück und betonte, daß es auf der Hand liege, daß die Renten und Einkünfte der Gottesglieder durch die großen Ausgaben merklich erschöpft werden, und daß letztere schließlich zu Grunde gehen müssen; es solle eine rationelle Verwendung der Einkünfte eingeführt werden, und dies sei Sache des Rates³⁾. Die heimliche Kammer sieht das Heil nur in der Errichtung einer Aufsichtskammer, welche schließlich auch zu Stande kam; seit der Mitte des 18. Jahrhunderts treffen wir dieselbe in Tätigkeit. Da die Aufsichtskammer im wesentlichen mit der Verwaltungskammer zusammenfällt, brauchen wir hier auf ihre Tätigkeit nicht näher einzugehen und können auf das oben gesagte verweisen.

Ueber die Arten der Verwendung des Kirchenvermögens im einzelnen wollen wir nur noch kurz beifügen, daß neben der gewöhnlichen Verwendung der kirchlichen Einkünfte und der Erträgnisse der Stiftungen, solche auch, z. B. Opfer, Zehnten u. s. w. zum Kirchbau verwendet wurden. Der Unterhalt der Kirchen und Kapellen⁴⁾, sowie des Kultus, wurde, sofern nicht besondere

¹⁾ Projektbuch 1685, l. c. fol. 157 b.

²⁾ Ratsmanual vom 21. November 1689.

³⁾ Projektbuch 1716, 1721, 1731, l. c. fol. 212 a, 220 b, 242 a.

⁴⁾ c. 4 X. de eccl. ædif. vel reparandis III, 48. Bgl. die Berichte der Visitationsprotokolle von 1416/17 und 1453 über den schlechten Unterhalt der Kirchengebäude.

Stiftungen vorhanden waren, aus den Einkünften der Kirchenfabrik bestritten; der Unterhalt der kirchlichen Gebäude der Klöster oblag den Stiften, der Unterhalt der Privatkapellen, deren es in Freiburg eine große Anzahl gab, den Besitzern. Doch finden wir auch, daß Kirchenpatrone, welche oft auch Einkünfte aus der Kirche bezogen, und Stifte, welchen eine Pfarrei inkorporirt war, die kirchliche Baulast zu tragen haben¹⁾. In Bezug auf die Unterhaltung der kirchlichen Gebäude griff die geistliche und weltliche Behörde, wenn es notwendig schien, ein, und drang darauf, daß dieselben restaurirt und unterhalten würden²⁾.

§ 2.

Berwaltung und Verwendung des Kirchenvermögens in der neuern Zeit. Das geltende Recht.

Unter der helvetischen Republik wurde das Kirchengut als Nationalvermögen sequestrirt und eine Administrationskammer errichtet; das Vermögen der Klöster und geistlichen Stiftungen wurde der Verwaltung der Civilbehörde unterstellt. Das Gesetz vom 12. Juni 1798 bestimmt über die Verwaltung folgendes³⁾:

« Considérant que l'Etat doit aussi bien pourvoir à l'entretien des membres des abbayes et couvens, qu'à la sûreté des biens de telles communautés, chaque chambre administrative est chargée dans son ressort..... de choisir dans la personne d'un habitant de l'endroit propre à un tel emploi, un administrateur qui, sous sa responsabilité, rendra exactement compte de la rente et de la dépense du couvent, dont il aura l'inspection, à la chambre administrative du canton. Toute

¹⁾ Ratsmanual vom 6. Juni 1483, 28. August 1583, 3. Februar 1594, 24. April 1597.

²⁾ Bgl. z. B. Mandatenbuch II, fol. 151 (16. Juli 1597); III, fol. 89^b (24. Juli 1618); Constitutiones synodales 1665, fol. 119--120; Ratsmanual vom 15. März 1753 ff.; Bisifikationsberichte des 17. und 18. Jahrhunderts. (Bischöfl. Archiv). Statuta synodalia 1812, p. 9 ff.

³⁾ Bulletin officiel de la chambre administrative du canton de Fribourg I, p. 120 ff.

disposition à l'égard du mobilier est interdite aux abbayes et couvens pendant la durée du séquestre ; et chaque chambre administrative est chargée dans son ressort d'y veiller.

Il est de plus ordonné par les présentes, que les membres de ces abbayes et couvens, les artisans et domestiques qui y sont attachés, seront entretenus convenablement et qu'on pourvoira de même à l'entretien des bâtiments nécessaires.

Il est permis de même aux administrateurs établis d'affirmer pour cette année, comme précédemment ils étaient déjà ordinairement affermés, les revenus de ces communautés, à condition qu'ils présenteront les marchés qu'ils conclueront à cet effet, à la chambre administrative que cela pourra regarder, pour obtenir son approbation.

Le choix des administrateurs de ces biens étant laissé à la chambre administrative du canton, il est entendu qu'elle est aussi responsable de leur gestion. »

Das Gesetz vom 18. September 1798 bestimmt über die Verwaltung und Verwendung des Vermögens der klösterlichen Genossenschaften folgendes¹⁾ :

« La chambre administrative de chaque canton dans lequel se trouvent des couvens ou quelque autre genre de corporations religieuses, pourvoira à la régie de leurs biens au nom de l'Etat et de la manière suivante :

- a) La chambre administrative prendra et tiendra un inventaire exact des biens meubles et immeubles.
- b) Elle nommera, sous sa responsabilité, pour chaque couvent situé dans son ressort, un administrateur probe et entendu²⁾.
- c) Celui-ci invigilera exactement et soigneusement les biens-fonds, bâtiments, etc. Il dirigera en général l'économie du couvent, de l'abbaye ou du chapitre confié à ses soins. Il tiendra un compte exact de la recette et de la

¹⁾ Bulletin officiel I, p. 341.

²⁾ Auf Grund des Gesetzes vom 12. Juni 1798 und dieser Ausführungsbestimmungen wurden in Freiburg die Verwalter für die verschiedenen Klöster von der Administrationskammer ernannt (Bulletin officiel I, p. 122).

dépense et devra soumettre ce compte, avec les pièces à l'appui nécessaires, tous les trois mois à la révision de la chambre administrative.

Lorsque la chambre administrative aura reçu un compte de quartier du régisseur et l'aura examiné et vérifié, elle sera tenue d'en faire parvenir une copie au ministère des finances pour la remettre aux autorités supérieures.

Si après avoir fourni à l'entretien des membres de la corporation et payé les autres dépenses indispensables, il se trouve un excédent dans le revenu annuel de l'un ou de l'autre de ces couvens ou corporations, cet excédent sera destiné à l'entretien des établissements d'éducation ou de secours publics et au soutien d'autres couvens peu moyennés ; mais le fond lui-même ne pourra jamais être distrait, tant que le couvent existera.

Il leur (aux membres qui quittent la corporation) sera alloué, aussi longtemps qu'ils resteront en Suisse, une pension annuelle, proportionnée aux circonstances ; par contre ils ne peuvent former aucune prétention sur la dot qu'ils auraient apportée à leur entrée au couvent. »

Bei der offiziellen Mitteilung und Ausführung des Gesetzes vom 17. September 1798 wurden Zusatzbestimmungen erlassen¹⁾ « qui déterminent d'un côté avec précision les conditions sous lesquelles les membres de ces communautés pourront jouir du bienfait de cette loi et qui établissent de l'autre une régie et comptabilité exacte et fidèle des biens nationaux attribués à l'entretien des couvens et communautés religieuses. »

Die Bestimmungen über die Verwaltung sind folgende²⁾ :

« Tous les intendans ou receveurs des couvens, etc., institués par les chambres administratives, rendront des comptes de leur gestion jusqu'à la fin du mois de novembre, accompagnés d'un tableau complet de l'économie du couvent, chapitre, etc., qui leur est confié.

¹⁾ Bulletin I, p. 447 ff. (23. November 1798).

²⁾ Bulletin I, p. 450.

Ces comptes seront examinés et vérifiés par la Chambre administrative du canton et envoyés ensuite au ministre des finances avec leurs remarques.

Cette reddition de compte sera répétée à la fin du mois de décembre et ensuite de trois mois en trois mois.

Dès que le ministre des finances aura un apperçu général et complet de tous les biens des couvents, de leur étendue, situation et produit, il formera un plan pour fondre, simplifier et faciliter leur administration.

Il dressera un état des sommes et des fournitures, qui seront indispensables pour donner une honnête subsistance aux ecclésiastiques, qui préfèrent de vivre ensemble et pour payer les pensions à ceux qui prennent le parti de se retirer du couvent.

Il assignera à chaque couvent et communauté et à chaque pensionnaire le fonds duquel il lui sera fourni la subsistance.

Lorsqu'il se trouvera sur le revenu général de tous les couvents, chapitres, etc., un excédent, déduction faite de toutes les dépenses qui pèsent sur le dit revenu, il en sera donné connaissance au Directeur exécutif, pour assigner le montant aux ministres de l'intérieur et de l'instruction publique, afin de l'employer selon la teneur de la loi. »

Im Jahre 1803 wurde durch die Mediationsakte den Klöstern die Güter und den kirchlichen Körporationen die Verwaltung zurückgegeben; bezüglich der Verwaltung des Klostervermögens wurde im Jahre 1805 der frühere Zustand wieder hergestellt, indem den Klöstern die Verwaltung ihres Vermögens zurückgegeben wurde, die Klostervögte oder Pfleger die Oberaufsicht über dieselbe erhalten¹⁾). In wichtigeren Sachen mußte der Pfleger an den Rat gelangen; in gewöhnlichen Verwaltungssachen konnte er selber entscheiden.

Nach Wiederherstellung des früheren politischen Zustandes im Jahre 1814 wurde die Verwaltung des Kirchen- und Stiftungsvermögens der Pfarreibehörde übertragen.

¹⁾ Bulletin des lois III, p. 195.

Die neue Verfassung von 1814¹⁾ hat darüber folgende Bestimmungen :

« Elle (l'administration de paroisse) administre les biens d'église et des écoles ; mais elle ne peut en faire d'autre emploi que celui auquel ils ont été destinés dès leur origine. Cependant dans les localités où les biens d'église et des écoles ont déjà leur administration particulière, celle-ci sera conservée.

En général tous les biens de cette nature ne pourront jamais être confondus avec d'autres, mais seront administrés séparément.

Les révérends curés continuent à assister aux délibérations qui sont en rapport avec l'administration des biens d'église, des écoles et des pauvres dans les paroisses où cet usage est établi. »

Das Gemeindegesetz von 1831 überträgt die Verwaltungsbefugnisse des Benefizial- und Stiftungsgutes der Gemeindebehörde und bestimmt²⁾ :

« Dans les communes qui forment à elles seules une paroisse, le conseil communal administre les biens d'église et des écoles.

Dans les paroisses au contraire, qui sont formées par la réunion de plusieurs communes, les statuts ou les usages existants sont conservés jusqu'à ce qu'il y soit pourvu par une loi générale.

En attendant et pour éviter que rien ne souffre d'une interruption même momentanée, l'assemblée paroissiale nomme cinq ou sept administrateurs pour la régie de ses affaires paroissiales, c'est-à-dire, pour l'administration des biens d'église, des écoles, des pauvres et d'autres fondations pieuses, en un mot pour tout ce qui concerne leurs intérêts communs. Ces administrateurs nomment leur président et leur secrétaire.

¹⁾ Constitution de la ville et républ. de Fribourg. Frib. 1816'
p. 125.

²⁾ Bulletin des lois XIV, p. 161.

Les biens d'église et des écoles ne peuvent jamais être confondus avec d'autres et sont administrés séparément. »

Eine vollständige Umwälzung vollzog die Regierung von 1847 in Bezug auf die Verwaltung des Kirchenvermögens. Zuerst hob dieselbe eine Reihe von Klöster auf und verliebte das Vermögen derselben dem Staatgut ein, welches als solches unter die staatliche Verwaltung kam¹⁾. Die übrigen klösterlichen Genossenschaften wurden « par extinction » aufgehoben²⁾ und ihr Vermögen sollte zu einem öffentlichen Zweck verwendet werden³⁾. Unterdessen erhielten die Mitglieder der aufgehobenen Klöster eine Jahresrente; den noch fortbestehenden klösterlichen Genossenschaften wurden « les moyens nécessaires à une honnête sustentation qui ne pourra jamais dépasser le revenu net des propriétés respectives, meubles et immeubles, qui avaient constitué leur patrimoine » zugesichert. Die Polizei- und Finanzdirektion wurden mit der Verwaltung und Aufsicht des Klostervermögens betraut.

Durch die Verfassung von 1848 wurde ebenfalls sämmtliches Benefizialgut und die Schulfonds der Civilverwaltung unterstellt⁴⁾:

§ 84. Les biens de l'évêché, du clergé séculier et régulier, sont ou demeurent placés sous l'administration civile. La loi règle le mode de cette administration.

§ 92. Les biens quelconques destinés à l'instruction laïque ou cléricale seront administrés civilement, sous la surveillance de l'Etat.

Das Ausführungsgezetz bezüglich der Verwaltung des Benefizialgutes enthält folgende Bestimmungen⁵⁾:

« Il est établi :

a) Une commission administrative pour les biens de l'é-

¹⁾ Bulletin des lois XXII, p. 15 und 22.

²⁾ Bulletin XXIII, p. 35 ff ; p. 99—102.

³⁾ S. das Dekret vom 29. Januar 1849 über die Gründung von kantonalen Wohltätigkeitsanstalten (Bulletin XXIV, p. 47 ff).

⁴⁾ Bulletin des lois XXIII, p. 16—17.

⁵⁾ Bulletin XXIII, p. 192 ff. (5. Juli 1848).

vêché, les biens généraux du clergé et ceux du Séminaire.

- b) Une pour les biens du chapitre de St-Nicolas et du clergé de Notre-Dame et
- c) Une ou plusieurs commissions pour les biens du clergé séculier du canton.

Les autres biens quelconques, destinés à l'instruction laïque ou cléricale, seront soumis à la commission administrative respective, dans l'arrondissement de laquelle se trouve le siège actuel de leur administration.

Ces administrations sont placées sous la direction et la surveillance immédiate des préfets des districts respectifs. Elles sont soumises à la haute surveillance de la Direction de l'instruction publique et des cultes.

Les biens de cures ou de chapellenies, régis par la même commission dans deux districts différents, sont placés sous la surveillance du préfet, dans le ressort duquel se trouve le chef-lieu de la paroisse.

Les membres des commissions sont personnellement responsables de tous les actes de leur gestion.

Le Conseil d'Etat fixe le nombre des commissions et établit leur circonscription.

Chaque commission est composée de trois membres nommés par le Conseil d'Etat qui en désigne aussi le président. L'un des membres fait les fonctions de secrétaire. La durée de leurs fonctions est de trois ans, ils sont rééligibles.

Les commissions reçoivent une rétribution proportionnée aux revenus de la généralité des biens et à la nature des affaires de leur administration. Dans ce but, les frais de l'administration seront centralisés, dans tout le canton, selon la différence des cultes, et prélevés proportionnellement sur l'excédant des revenus fixés sur une base équitable.

Elles font dresser un inventaire exact et séparé de tous les biens meubles et immeubles appartenant aux bénéfices, cures, chapellenies ou autres personnes morales, confiés à leur administration. La vérification en sera faite régulièrement toutes les années.

Elles sont chargées de recouvrer et de rassembler tous les titres, créances et documents appartenant aux bénéfices ou personnes morales de leur ressort et nécessaire pour administrer les biens conformément à leur destination.

Elles autorisent toutes les poursuites juridiques. En cas d'urgence, le président peut autoriser les premières opérations ; mais il est tenu d'en référer à la première séance.

Le secrétaire fournit à chaque bénéficiaire un état des créances dont le revenu lui est acquis. Il lui communique annuellement les changements survenus. Cet état est visé par la commission.

Les administrateurs, bénéficiaires ou personnes quelconques, qui refuseraient de faire la remise des titres, argent, fonds ou documents faisant partie de ces biens, y seront contraints, selon la gravité des cas, cumulativement ou isolément, par voie d'exécution militaire, par l'annulation des intérêts illégalement acquittés, par la cancellation des titres eux-mêmes, par la privation du bénéfice ou de tous les avantages y attachés.

Le Conseil d'Etat pourra établir une classification des revenus des divers bénéfices, afin de rétribuer plus convenablement ceux d'entre eux qui ne jouiraient par de produits suffisants à une honnête existence, au moyen d'une réduction proportionnelle, opérée selon une échelle équitable, des revenus des bénéfices plus lucratifs.

Il y a auprès de chaque commission un ou plusieurs receveurs. Ils tiennent une comptabilité séparée pour chaque bénéfice. Le Conseil d'Etat en détermine le nombre et fixe la circonscription de chaque recette.

Les receveurs sont chargés de la surveillance spéciale de tous les meubles et immeubles, terres et bâtiments appartenant aux bénéfices de leur ressort.

Ils dressent un compte annuel de leur gestion, le font contre-signer par le bénéficiaire et par le conseil de paroisse, ou par le conseil communal, là où il n'existe pas de conseil de paroisse. Les comptes sont fournis en deux doubles et sont soumis à la passation de la commission d'administration et à la ratification du préfet.

Si les comptes des receveurs donnent lieu à des observations de la part du bénéficiaire ou de la part du conseil de paroisse, elles seront soumises à la commission d'administration qui prononcera sur leur mérite, sous bénéfice de recours au préfet.

Les réparations majeures à faire aux églises, chapelles, presbytères et autres bâtiments quelconques, relevant des biens bénéficiers, seront autorisées par la Direction de l'Instruction publique et des cultes. L'autorisation du Conseil d'Etat est nécessaire pour toutes les constructions nouvelles.

Dans le but d'exercer efficacement la surveillance sur toutes les opérations des administrations, la Direction de l'Instruction publique et des cultes examine ou fait examiner, au moins une fois par an, la gestion des commissions et des recours. Un règlement statué par le Conseil d'Etat établira ultérieurement le mode d'administration en conformité des principes du présent décret. »

Dieses Reglement wurde am 19. August 1848 erlassen¹⁾; dasselbe teilt den Kanton bezüglich der Verwaltung des Kirchenvermögens in zehn Verwaltungsbezirke, bestimmt Umfang, Rechte und Pflichten der Verwaltungskammern im einzelnen und der ihnen unterstehenden Verwaltungsbeamten.

Dieser komplizirte Verwaltungsapparat war nicht von langer Dauer. Schon im Jahre 1850 wurde die Vereinfachung desselben beschlossen. Die Verwaltungskommissionen, welche das Gesetz vom 5. Juli 1848 schuf, wurden abgeschafft und an ihrer Stelle eine Centralverwaltungskommission des Kirchenvermögens mit Sitz in der Hauptstadt eingesetzt. Diese, aus drei Mitgliedern und einen Sekretär bestehend, hatte alle Verwaltungsgeschäfte und die Aufsicht über die ausführenden Organe zu besorgen. Letztere wurden ebenfalls nach Möglichkeit vereinfacht und ihre Rechte und Pflichten neu festgestellt. Die Centralkommission ihrerseits unterstand der Kultusdirektion²⁾. Eine weitere Vereinfachung, verschiedene Fragen der Finanzverwaltung, wie Placirung von Kapitalien u. s. w. betreffend, brachte das folgende Jahr³⁾.

¹⁾ Bulletin XXIII, p. 256 ff.

²⁾ Bulletin XXV, p. 304 ff.

³⁾ Bulletin XXVI, p. 163 (19. September 1851).

Im Jahre 1856 wurde die Verwaltung der Benefizialgüter insofern geändert, als auch ein Vertreter der kirchlichen Behörde der Oberverwaltungskommission beigegeben und derselben ein gewisses Aufsichtsrecht über die Verwaltung zugestanden wurde. Die Bestimmungen sind folgende¹⁾:

« Il est adjoint à la Commission centrale des biens du clergé catholique un membre ecclésiastique, avec voix consultative. La nomination de ce membre appartient à l'autorité diocésaine.

L'opinion du membre ecclésiastique de la commission est mentionnée chaque fois dans le procès-verbal, dans les questions à soumettre à la Direction des cultes et au Conseil d'Etat.

Les bénéficiers sont admis en tout temps à faire leurs observations sur la gestion et les comptes des receveurs auprès de la Commission centrale, qui prononce sur leur mérite, sous bénéfice de recours à la Direction des cultes. A cet effet, les livres et les comptes qui concernent chacun d'eux doivent toujours être à leur disposition dans les bureaux de l'administration.

Avant leur passation par la Commission centrale, les comptes relatifs à l'administration des biens généraux du clergé (séminaire, évêché, etc.), sont soumis à l'examen de l'autorité diocésaine, afin qu'elle puisse transmettre ses observations directement ou par son représentant dans la commission, dans un terme suffisant qui n'excédera pas un mois. »

Nach dem Sturz der radikalen Regierung wurde die Verwaltung des Benefizialgutes den kirchlichen Organen zurückgegeben, vorbehaltlich der Oberaufsicht der geistlichen und weltlichen Behörde. Ein vorläufiger Beschlüß des Großen Rates vom 21. November 1857 enthält folgende Bestimmungen²⁾:

« Considérant que, sous l'empire de la Constitution de 1848, le clergé catholique de ce canton a été privé du droit

¹⁾ Bulletin XXX, p. 149 ff.

²⁾ Bulletin XXXI, p. 137.

d'administrer ses biens et que ceux-ci ont été dès lors soumis à l'administration civile, considérant que les lois de la justice aussi bien que l'opinion du pays réclament que cet état de choses ne soit pas plus longtemps maintenu, il est décrété :

L'administration des biens du clergé séculier catholique du canton lui est rendue, sous réserve de la haute surveillance exercée par les deux autorités.

Le Conseil d'Etat est chargé de s'entendre avec l'autorité ecclésiastique compétente, soit au sujet de la remise à opérer des biens du clergé soumis actuellement à l'administration civile, soit à l'égard des mesures de précaution et de surveillance à prendre pour.... une bonne administration de ces biens. Le résultat de cette entente sera soumis au Grand Conseil pour être sanctionné par lui, en modification des dispositions du mode de vivre provisoire, relatives à l'administration du clergé.

En attendant que la remise des dits biens soit opérée, l'administration actuelle continuera de subsister et de remplir les fonctions, qui lui sont attribuées par les lois et les règlements jusqu'ici en vigueur. »

Im Prinzip will die Regierung den kirchlichen Organen diejenigen Rechte an der Verwaltung des Kirchenvermögens zurückgegeben, welche dieselbe vor dem Jahre 1848 hatten. Eine weitere Vereinbarung zwischen Kirche und Staat sollte die näheren Bestimmungen festsetzen und die Angelegenheit endgültig regeln. Diese erfolgte am 6. Mai 1858¹⁾:

« En vue de régler, d'un commun accord, le mode de surveillance à exercer sur les biens ecclésiastiques dont l'administration a été rendue au clergé par décret du Grand Conseil, en date du 18 novembre 1857, le Conseil d'Etat du canton de Fribourg et l'autorité diocésaine sont convenus de ce qui suit :

Les biens ecclésiastiques appartenant à la mense épis-

¹⁾ Bulletin XXXII, p. 36 ff.

copale, au séminaire et à d'autres fondations ayant une destination spéciale, seront régis et administrés conformément aux intentions des donateurs et au mode établi avant 1848.

En ce qui concerne les biens appartenant aux bénéfices curiaux et aux chapellenies, les bénéficiers rentreront dans la possession et l'administration de ces biens, mais les titres de créance de chaque paroisse seront déposés dans ses archives, dont le bénéficiaire et les personnes désignées par la paroisse auront chacun une clé adaptée à des serrures différentes.

Chaque bénéficiaire aura un rentier où tous ces titres seront inscrits au fur et à mesure d'après un modèle qui sera fourni et il en percevra les intérêts.

Les mesures conservatoires de ces titres incombent au bénéficiaire.

Le bénéficiaire et la paroisse sont responsables des pertes qui pourraient avoir lieu par leur faute ou négligence, chacun dans la mesure de la part qu'il peut y avoir.

Il sera adjoint à la Direction des cultes une commission de surveillance sur les biens du clergé. Cette commission¹⁾, présidée par le Directeur des cultes, sera composée d'un membre désigné par le Conseil d'Etat²⁾ et de deux autres membres nommés par le chef du diocèse. Elle aura pour secrétaire celui de la Direction des cultes.

Les attributions de cette commission sont les suivantes :

- a) Elle veille à la conservation des biens appartenant aux bénéfices ecclésiastiques dont elle recevra un inventaire général dressé à l'époque de la remise qui en sera faite.
- b) Elle a soin de rectifier et de compléter cet inventaire d'après les états qui devront lui être fournis.
- c) Chaque fois qu'elle le jugera nécessaire, la commis-

¹⁾ Am 1. September 1858 tritt dieselbe ihr Amt an; auf dieselbe geht das Verwaltungsarchiv der Centralverwaltungskommission über. (Bulletin XX-XII, p. 65 ff).

²⁾ Bulletin XXXII, p. 56.

sion vérifiera par des délégués l'existence des titres de créance, leur conformité aux règles prescrites, ainsi que les causes des pertes qui auraient pu avoir lieu.

- d) Elle préavise sur toutes les questions qui se rattachent à la surveillance dont elle est chargée.
- e) Si des difficultés surviennent entre les bénéficiers et les paroisses ou d'autres tierces personnes, elle prend à cet égard les informations nécessaires pour les concilier si possible et en référer au besoin aux autorités compétentes.

Relativement aux biens de la collégiale de St-Nicolas, l'Etat se réserve d'aviser aux mesures de surveillance nécessaires pour leur conservation. A cet égard, l'autorité diocésaine se déclare incompétente. »

Zur Verwaltung des Vermögens des Kapitels St. Niklaus und der ihr inkorporirten Benefizien und Stiftungen, wurde am 25. August 1858 eine aus zwei Kapitelsmitglieder und einem vom Staatsrate ernannten Laien bestehenden Kommission eingesetzt¹⁾). Die Verwaltungskommission ist der Kultusdirektion zu jährlicher Rechnungsablegung verpflichtet.

In Bezug auf die Klöster wurden die Verordnungen der Regierung von 1848 ebenfalls aufgehoben²⁾) und eine Kommission, zu welcher die betreffenden Klöster je einen Vertreter senden konnten, eingesetzt, welche den gegenwärtigen Vermögensstand feststellen sollte, auf Grund welches dann eine Ausscheidung und die Rückerstattung des Klostergutes stattfinden sollte³⁾). Durch Verfügung vom 3. Dez. 1858⁴⁾ wurde den noch bestehenden Klöstern ihr Vermögen, sowie die Verwaltung derselben zurückgegeben mit der Verpflichtung, wie früher, jährlich der Regierung die Rechnungen vorzulegen. Die Güter der aufgehobenen Klöster blieben einstweilen unter Verwaltung der weltlichen Behörde; die Einkünfte derselben wurden dazu verwendet, um den noch vorhandenen Konventionalen eine jährliche

¹⁾ Bulletin XXXII, p. 72 ff.

²⁾ Bulletin XXXI, p. 81 (3. Juni 1857).

³⁾ Bulletin XXXI, p. 135 ff. (7. November 1857).

⁴⁾ Bulletin XXXII, p. 96, 241.

Rente zu zahlen, welche später in eine lebenslängliche umgewandelt wurde¹⁾). Im Jahre 1867 wurde auch über die Verwendung des Vermögens der aufgehobenen Klöster endgültig verfügt²⁾.

Die neuesten Bestimmungen über die Verwaltung und Verwendung des Benefizialgutes enthalten die Pfarrreigeseze. Das Gesetz vom 7. Mai 1864 überträgt dem Pfarrerirat die Verwaltung des Ortskirchengutes und bestimmt, daß die Verwaltungsbehörde die Instandhaltung der kirchlichen Gebäude, des Benefizial- und Stiftungsgutes überwache. Die Pfarrei hat auch die Verpflichtung, für den Unterhalt der kirchlichen Gebäude und des Kultus zu sorgen, insofern die Erträge aus den ordentlichen Mitteln nicht ausreichen³⁾. Dieselben Bestimmungen sind in die Pfarrreigeseze von 1879⁴⁾ und 1894⁵⁾ übergegangen und bilden heute geltendes Recht. Die Oberaufsicht über die Verwaltung des Pfründe- und Stiftungsvermögens steht der oben erwähnten Verwaltungskommission zu.

¹⁾ Bulletin XXXVII, p. 151.

²⁾ Bulletin XXXVII, p. 147 ff. (26. November 1867).

³⁾ Loi sur les communes et paroisses 1864, § 277, 280, 291.

⁴⁾ §§ 277, 279, 289.

⁵⁾ §§ 302, 309, 314.

Fünftes Kapitel.

Veräußerung der Kirchengüter.

Nach kirchlichem Recht¹⁾ darf das Kirchengut in der Regel nicht veräußert werden. Unter Veräußerung wird nicht nur die Hingabe von kirchlichem Eigentum durch Verkauf, Schenkung, Tausch, sondern auch jede Handlung verstanden, welche das Kirchenvermögen beschwert, schmälert oder beeinträchtigt, so z. B. Verpfändung, Servitut, Emphyteuse u. s. w. Das Veräußerungsverbot beschränkt sich auf Immobilien, Kostbarkeiten und konsekrierte Sachen, nicht aber auf solche bewegliche Sachen, wie Früchte oder Gegenstände von ganz geringem Wert. Eine Veräußerung kann ausnahmsweise geschehen, wenn eine *justa causa* vorliegt. Als solche gilt im kirchlichen Recht eine *urgens necessitas* (notwendiger Neubau, wenn Schulden der Kirche nicht anders bezahlt werden können), eine *evidens utilitas ecclesiæ* (wenn daraus ein augenscheinlicher Vorteil für die Kirche erwächst), eine *christiana caritas* (Unterstützung der Armen bei Hungersnot u. s. w.). Ferner gehört dazu, daß die Veräußerung *cum debita solemnitate* und *cum consensu superioris ecclesiastici* geschehe. In Bezug auf die Zustimmung der kirchlichen Behörde, bedarf es seit dem Erlass der Constitution *Ambitiosæ*²⁾ im Jahre 1468 durch Papst Paul II. zur erlaubten und gültigen Veräußerung von Kirchengut größerem Wertes der Erlaubnis des Papstes. Dieselbe Constitution setzt auch bestimmte Strafen fest, welche jene treffen, die ohne vorherige päpstliche Erlaubnis es wagen, Kirchengut von bedeutenderem Werte zu veräußern. Zu diesen Strafen gehört vor allem die Exkommunikation. Doch trifft nach den Wortlauten des genannten Erlasses diese Strafe nur die mehr untergeordneten, zur Verwal-

¹⁾ c. 12, de rebus non alienandis X, III, 13; in VI^{to}, III, 9; in Clem. III, 4; Biederlack, Zur Veräußerung von Kirchengütern (Zeitschrift für kath. Theologie 1897, p. 378 ff); Grashof, Die Gesetze der römischen Kaiser über die Veräußerung von Kirchengut (Archiv für kath. Kirchenrecht, Bd. 36, p. 203 ff); Loening, Geschichte d. deutschen Kirchenrechts I, p. 236 ff; II, p. 696 ff.

²⁾ Extravag. com. III, 4.

tung des Kirchenvermögens bestellten Organe, nicht auch die Bischöfe und Äbte, falls sie ohne Erlaubniß des heiligen Stuhles zur Veräußerung von Kirchenvermögen schreiten. Diese letzteren werden vielmehr mit dem Interdict ab ingressu ecclesiae, das dann nach Verlauf von sechs Monaten durch die Suspension verschärft wird, bedroht¹⁾. Diese Bestimmungen hat Pius IX. durch die Konstitution Apostolicæ sedis (12. Oktober 1869) im Wesentlichen erneuert²⁾. Auf Grund päpstlicher Vollmacht können auch Bischöfe innerhalb bestimmter Grenzen die kirchliche Erlaubniß zur Veräußerung von Kirchengut erteilen.

Die weltliche Gesetzgebung hat die kirchlichen Grundsätze über die Unveräußerlichkeit des Kirchenvermögens im wesentlichen anerkannt; im neueren Recht ist auch durchweg die Gültigkeit der Veräußerungen von der Zustimmung der Staatsbehörde abhängig gemacht.

Die älteste Synodalgesetzgebung der Diözese Lausanne bringt in ihren Bestimmungen über die Veräußerung des Kirchenvermögens den kirchlichen Standpunkt prägnant zum Ausdruck und zwar, veranlaßt durch verschiedene Missbräuche. Dieselbe ruft zuerst denjenigen, welche sich am Kirchengut vergreifen, die kirchlichen Strafen ins Gedächtniß und bestimmt über die Veräußerung von Kirchengut³⁾: « Item quoniam nonnulli sacerdotes ecclesiarum parochiarum et aliorum ecclesiasticorum beneficiorum rectoribus sepius comperti sunt, census, redditus, elemosinas, terras, possessiones, jura et alia bona ecclesiarum et beneficiorum suorum hujusmodi dare, quitare, remittere, vendere, alienare et in epheteosim perpetuam tradere in maximum dampnum, prejudicium et deteriorationem ecclesiarum et beneficiorum, hujusmodi inhibemus, ne quis ecclesie parochialis seu alterius beneficii ecclesiastici rector aut aliis quicumque, census, redditus, elemosinas, terras, possessiones aut res alias seu

¹⁾ Biederlaß, I. c. p. 378—79. Über die ursprüngliche Annahme dieser Konstitution in einzelnen Ländern, §. p. 379 ff.

²⁾ S. über das Verhältnis beider Konstitutionen Biederlaß, I. c. p. 380 ff.

³⁾ Constitutiones synodales 1494, fol. 32^b. De alienatione bonorum ecclesiasticorum.

jura aut bona quecumque ecclesiarum et aliorum ecclesiasticorum beneficiorum dare, quitare, remittere, vendere aut alias quovis modo alienare presumat, nisi in casibus a jure permissis et servata in hac parte juris forma et prius super hiis nobis consultis, quod si secus factum fuerit, id totum nullius efficacie roboris vel momenti existere decernimus et nihilominus talis rector premissa attemptans penis excommunicationis et depositionis se noverit perplexendum. » Diese Bestimmungen wurden in den Synodalstatuten vom Jahre 1523 wiederholt¹⁾.

Die weltliche Gesetzgebung beschränkte sich im wesentlichen darauf, den Besitzstand des Kirchengutes, hauptsächlich des Benefizialgutes, zu garantiren, indem sie Vorsorge traf, daß sowohl das Grundvermögen als die Einkünfte und Besitztitel gewahrt blieben. Die Civilbehörde trifft Vorkehrungen, damit die Rechtstitel und Schuldbriefe der Gottesglieder zum ihrem Nachteil nicht verloren gehen oder geändert werden und verlangt Hinterlegung der Rechtstitel bei einer amtlichen Stelle zur sicheren Aufbewahrung²⁾. Der Rat stellt ferner Untersuchung in Stadt und Land an, um festzustellen, ob Kirchengüter veräußert werden und ob die Kirchenpatrone sich solche aneignen³⁾. Derselbe trifft ebenfalls Anstalten, damit das Kirchengut nicht verschleudert würde⁴⁾. Die heimliche Kammer protestirt dagegen, daß die Gottesglieder ihr Grundvermögen angreifen und ersucht den Rat, gegen diesen Missbrauch einzuschreiten⁵⁾. Der Rat erläßt die Verordnung⁶⁾, daß die Veräußerung von Liegenschaften ohne seine Einwilligung nichtig sei. Den kirchlichen Korporationen gegenüber stellt sich der Rat auf den Standpunkt, daß nicht amortisierte Güter derselben unter weltlicher Jurisdiktion stehen und ohne Zustimmung der welt-

¹⁾ Constitutiones synodales 1523, § 42.

²⁾ Ratsmanual vom 13. 24. Mai, 13. Juni 1583, 4. Juni 1586, 11. Januar 1596, 12. Februar 1609, Projektbuch 1616 (Léisl. et var. 57, fol. 341) u. s. w.

³⁾ Mandatenbuch III, fol. 34 (1 Dezember 1611).

⁴⁾ Mandatenbuch V, fol. 115^b (20. Sept. 1660).

⁵⁾ Projektbuch 1679 (Léisl. et var. 58, fol. 135^a).

⁶⁾ Ratsmanual vom 5. September 1679.

lichen Behörde nicht veräußert werden können; bei Kirchengüter sei ferner die Approbation des Bischofes einzuholen. Auf wiederholte Eingabe der heimlichen Kammer, daß die Gottesglieder Grundvermögen veräußern¹⁾, wiederholte der Rat das frühere Verbot und ließ, auf Klagen der Bögte hin, in den Vogteien durch Generalmandat verkünden, daß Tausch und Verkauf von Dominalgütern jedermann, welchen Standes er sei, verboten ist, da solches zu großem Nachteil gereiche²⁾.

Die kirchliche Gesetzgebung der Diözese erneuerte Ende des 16. und im Laufe des 17. Jahrhunderts wiederholt das Verbot der Veräußerung der Kirchengüter. So bestimmen die Statuten von 1599³⁾:

« Bona ecclesiæ, cum non ut domini, sed tamquam usufructuarii possideant (parochi), ne ea vel mutare vel alienare privata licentia ausint; que superiore tempore amissa fuerunt, ea per juramentum pro viribus recuperent. »

Ferner die Synodalstatuten von Bischof Watteville im Jahre 1625⁴⁾:

« Innovamus nova et antiqua jura contra eos, qui, vel ut comparent sibi benevolentiam suorum parochianorum, vel ne eos offendant et irritent, vel alio quovis prætextu, cedunt aliquid de suis juribus ecclesiasticis, sive decimis, sive primitiis, vel aliis quibuscumque cum maximo suæ ecclesiæ et suorum successorum detrimento, necnon etiam novis se oneribus obligant vel alienant bona sive mobilia sive immobilia ecclesiæ, iisdemque poenis et censuris tam excommunicationis quam aliis volumus subjacere, quibus ipso jure feriuntur. »

Bischof Strambino endlich bestimmte im Jahre 1665 über die Veräußerung von Kirchengut folgendes⁵⁾:

¹⁾ Projektbuch 1685 (Légit. et var. 58, fol. 157 b).

²⁾ Ratserkanntnissenbücher vom 24. November 1689; Mandatenbuch VI, fol. 12 (1. Dezember 1689).

³⁾ Statuta synodalia 1599, c. II § 8.

⁴⁾ Statuta synodalia 1625, § 22.

⁵⁾ Decreta et Constitut. synodales 1665, p. 114 cap. 49; de alienatione bonorum ecclesiasticorum. Cfr. Manuale curie episcopalnis, den liber mandatorum und die Visitationsrecessse (Bischöfl. Archiv).

« Majorum nostrorum jura sectantes, firmiter prohibemus, quod nullus, cujuscunque status vel conditionis existat, domos, terras, possessiones et cæteras res immobiles, aut jura quæcunque ecclesiastica, seu quocunque modo ad ecclesiæ pertinentia, sicuti et omnia mobilia pretiosa ecclesiarum et sacristiæ absque nostra vel vicarii nostri speciali licentia vendere, alienare, distrahere modo aliquo, vel contractu, vel ad majus tempus duorum annorum, affectare seu obligare quoquo modo præsumat, directe vel indirecte, vel alio quæsito colore, qui secus fecerit, contractus ipsos irritos nunciamus et decernimus, ipso jure et ipso facto. »

Diese Bestimmung und die ablehnende Haltung des Bischofs der Einmischung des Rates in vermögensrechtliche Angelegenheiten der Kirche gegenüber brachten die geistliche Behörde in Konflikt mit dem Rat, welcher seinerseits behauptete, Kirchengüter können, auch von der geistlichen Behörde, ohne seine Einwilligung nicht veräußert werden. Der Rat erließ daher ein Generalmandat folgenden Inhalts¹⁾: „Weil von Seite der hochw. Herrn Ordinarius, ihrer Fürstl. Gnaden des Bischofes von Lausanne pretendirt wird, in seiner Befugniß zu stehen, ohne unsere obrigkeitliche Einwilligung und auch ohne Wissen und Willen der Kollatoren und Patrone, liegende Güter der Stifter, Kleriseien, Pfarreien und anderer Benefizien, welche durch weltliche Priester versehen werden, verkaufen zu lassen, und weil wir nun solches aus guten Gründen von hoher Obrigkeit wegen nicht zugeben können, so ergeht unser obrigkeitliche Wille und erster Befehl hiemit an alle unsere Untertanen und Angehörige, auch an Auswärtige und Fremde, daß niemand unter ihnen dergleichen in unserer Bottmäßigkeit liegende Güter wie oben gemeldet, ohne unser Wissen und vor ergangenem Befehl, unter Strafe der Konfiskation der gekauften Stücke, unternehmen solle. Dieser Befehl soll überall durch die Regierungsstatthalter verkündet werden.“

Seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts benützte der Rat, welcher sonst so eifersüchtig über den Bestand des Kirchenvermögens wachte, seine Stellung und seine Macht dazu, um die

¹⁾ Mandatenbuch VI, fol. 27^a (3. April 1696).

Klöster zur Veräußerung der nicht amortisierten liegenden Güter zu zwingen. Seit dieser Zeit sehen wir zahlreiche Beispiele von Exekutionen, Konfiskationen und Verkäufe von Klostergütern durch die exekutirende weltliche Behörde; wir finden auch Gesuche, welche die Klöster an den Rat um Verlängerung des Termins richten, um die Güter, welche sie in fähige Hände zu setzen gezwungen wurden, besser verkaufen zu können¹⁾. Im 18. Jahrhundert werden wiederholt vom Rate Vorkehrungen getroffen, damit die über eine festgesetzte Maximalgrenze gehende liegenden Güter der Klöster dem freien Verkehr übergeben, und falls es notwendig erschien, zwangsweise versteigert würden.

Die Verfügung des Rates vom Jahre 1696, daß die Veräußerung von Kirchengut an seine Zustimmung gebunden sei, scheint Erfolg gehabt zu haben; denn im Amortisationsmanual finden wir für das 18. Jahrhundert zahlreiche Gesuche seitens Pfarreien, Gotteshäuser, Spitäler, Klöster u. s. w. an den Rat um Ermächtigung zu Verkauf und Tausch²⁾). Der Rat wachte auch ferner darüber, daß der Bestand des Kirchen- und Stiftungsgutes gewahrt bliebe, sorgte für Erlegung der Schuldbriefe, für Restitution von Schulden, für Garantie der Besitzungen und deren Einkünfte³⁾). Gegen eigenmächtige Veräußerungen trat der Rat energisch auf. So wurde derselbe im Jahre 1776 durch einige Vorkomnisse veranlaßt, das frühere Verbot wieder einzuschärfen und den kirchlichen Korporationen zu verbieten, ohne obrigkeitsliche Erlaubniß das Mindeste aufzubrechen, zu verpfänden, zu verkaufen und zu verbürgen, und zwar bei Strafe sowohl für die Gottesglieder als für die Notare, welche die Urkunden ausstellen⁴⁾). Ein Generalmandat, welches der Rat an sämtliche Korporationen erließ⁵⁾), erläuterte das Verbot dahin, daß es sowohl für das allgemeine Wohl als für die Korporationen (ob geistliche oder weltliche) sehr wichtig sei, daß ihre Güter nicht verschleudert würden; deshalb,

¹⁾ Amortisationsmanual, fol. 40, 43; Ratsmanual vom 29. Mai 1692.

²⁾ Amortisationsmanual, fol. 83 ff.

³⁾ Ratsmanual vom 10. Juni 1748, 16. November 1756, 8. Juli 1757, 5. Juli, 22. November 1771, 2. März 1784.

⁴⁾ Ratsmanual vom 26. März 1776.

⁵⁾ Mandatenbuch X, fol. 238 (26. März 1776).

um diesen Veräußerungen vorzubeugen, erlässe der Rat, als Bewahrer und Beschützer des Korporationsvermögens, in Wiederholung und Erneuerung der früheren Verordnungen, an sämtliche geistliche Genossenschaften, wie Klöster, Abteien u. s. w. das Verbot, ohne seine ausdrückliche Erlaubniß, auf irgend eine Weise, Güter zu verkaufen, zu vertauschen und mit Hypotheken zu beladen und zwar unter Verhängung einer arbiträren Strafe und unter Richtigkeit des ausgestellten notariellen Aktes. Dieser Befehl soll zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Die neuere Gesetzgebung hält ebenfalls das Prinzip der Unveräußerlichkeit des Kirchengutes aufrecht. Die Gesetzgebung der helvetischen Republik verbietet sowohl die Veräußerung des nicht sequestrierten Vermögens auswärtiger Klöster¹⁾, als des sequestrierten Vermögens schweizerischer klösterlichen Genossenschaften. Bezuglich letzterer werden folgende Bestimmungen erlassen²⁾:

« Il ne sera permis à aucune communauté religieuse ou couvent d'aliéner ses biens, fonds et droits à des personnes du pays ou à des étrangers, aussi longtemps qu'il seront sous séquestre.

Toute disposition à l'égard du mobilier est pareillement interdite aux abbayes et couvens pendant la durée du séquestre et chaque chambre administrative est chargée dans son ressort d'y veiller.

Il est néanmoins³⁾ défendu à la dite maison (couvent du St-Bernard) ainsi qu'à tout autre monastère ou chapitre, d'aliéner aucun biens-fonds ou droits, ou qu'ils puissent être situés⁴⁾.

Die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes sind folgende⁵⁾:

« Tous les couvens, chapitres, communautés ecclésiastiques qui seront convaincus par l'évidence du fait ou par le

¹⁾ Bulletin officiel de la chambre administrative I, p. 53.

²⁾ Bulletin I, p. 120 ff. (12. Juni 1798).

³⁾ Nach Aufhebung der Sequestration der Güter des Kloster St. Bernhard.

⁴⁾ Diese Bestimmung bezüglich des Klosters St. Bernhard wurde wiederholt am 18. September 1798 (Bulletin I, p. 345 § 24, al. 2).

⁵⁾ Bulletin I, p. 451 ff.

propre aveu de leurs membres, d'avoir soustrait des effets, des titres, du numéraire ou toute autre matière de valeur, seront invités en un seul et même jour à remettre les dits effets etc. à l'intendant du couvent nommé par les chambres administratives dans le terme de quinze jours, à dater de la communication. (Folgen die Strafbestimmungen §§ 2—4).

Les moines, chanoines ou autres membres des communautés religieuses qui, depuis la levée des inventaires, auront soustrait, aliéné ou dilapidé de leurs biens, seront soumis aux mêmes dispositions. »

Nach Wiederherstellung der alten Ordnung im Jahre 1803 wurde auch in Bezug auf die Veräußerung des Kirchenvermögens der frühere Zustand wieder hergestellt. Jede Handlung von vermögensrechtlichem Werte, also auch Verkauf, seitens der kirchlichen Genossenschaften, wurde an die Erlaubnis des Pflegers gebunden, welcher in wichtigeren Angelegenheiten sich die Zustimmung des Rates erhölen mußte¹⁾. Diese Bestimmung in Bezug auf die Handlungsfähigkeit der Benefizien, Pfarreien und kirchlichen Genossenschaften wurde durch das Civilgesetzbuch gesetzlich festgelegt²⁾.

Auch die Diözesangeseßgebung hat die Bestimmungen über Veräußerung des Kirchenvermögens im Jahre 1812 erneuert. So verordnet Bischof Guisolan in seinen Synodalstatuten³⁾:

« Lex generalis est, beneficatum non jure proprietatis. quæ ad ecclesiam spectat, sed solius ususfructus gaudere.... Itaque omnis venditio, donatio, permutatio, hypothecatio, cessione alienatio fundorum, jurium, obligationum, actionum aliorumque bonorum cujuscunque generis ad beneficium spectantium, seu immobilium seu mobilium, saltem pretiosorum, quæ servando servari possunt, est ipsis strictissime sub poenis a jure præscriptis prohibita, nisi de facultate nostra et consensu superiorum, quorum interest, fiat; facta porro absque solemnitatibus præfatis irrita et invalida habetur: c. 5. nulli liceat, et: Si quis presbyter, 6^{to}. De rebus eccles. alien.

Omnis repudiatio juris delati, ut hæreditatis, legati,

¹⁾ Bulletin des lois III, p. 195.

²⁾ Code civil du canton de Fribourg § 13.

³⁾ Decreta et Constitutiones synodales. Friburgi 1812, p. 106.

donationis beneficio factæ, nequit etiam privata auctoritate et absque consensu nostro fieri a beneficiato. Neque licet huic vendere, alienare, aut ad patrimonium proprium adhibere res ex beneficio provenientes, ut ligna combustibilia, fimeta ex paleis beneficii aut ipsas paleas fœnumve aliaque similia, quæ ex sua natura ad beneficii ameliorationem destinantur, nisi superflua adsint, aut totidem beneficii bonificandi causa restituantur. De paleis ex decimis provenientibus alia est ratio, si ex ipsis beneficii fundis sufficientes adsint ad ejusdem bonificationem. »

Die neueren gesetzlichen Bestimmungen der Civilbehörde über Veräußerung von Kirchenvermögen sind folgende: Die Regierung von 1848 verfügte¹⁾:

« Les ventes d'immeubles (des biens du clergé) ne peuvent avoir lieu que sur l'autorisation préalable ou ensuite d'un ordre du Conseil d'Etat. Elles sont soumises à sa ratification. » Nach der Einsetzung der Centralverwaltungskommission im Jahre 1850 gehörte es zu deren Besuignissen « d'émettre son préavis auprès de la Direction des cultes pour toute... vente ou échange d'immeubles des biens du clergé²⁾ ». Nachdem im Jahre 1856 ein Vertreter der geistlichen Behörde zur Oberwaltungskommission zugezogen wurde, wurde auch die Diözesanbehörde in die Lage versetzt, sich über den Verkauf von Kirchengut äußern zu können³⁾: « Tout projet de vente d'un immeuble faisant partie des biens du clergé, doit être communiqué à l'autorité diocésaine, pour la mettre en demeure de faire ses observations, dans un temps utile, que l'administration fixera et qui ne pourra pas excéder un mois. »

Nach der Restauration von 1857 wurde der Verkauf von Kirchengut sistirt⁴⁾; die kirchliche und weltliche Behörde sollte sich verständigen, um den Bestand des Kirchengutes zu garantieren⁵⁾.

¹⁾ Bulletin des lois XXIII, p. 200 (5. Juli 1848).

²⁾ Bulletin XXV, p. 306.

³⁾ Bulletin XXX, p. 149.

⁴⁾ Bulletin XXXI, p. 83.

⁵⁾ Bulletin XXXI, p. 138.

Gemäß Übereinkunft der beiden Gewalten im Jahre 1858 wurde eine « commission de surveillance » eingesetzt; « en cas de vente ou d'échange d'immeubles... elle donne son préavis aux autorités supérieures » und bestimmt, daß « aucune aliénation des biens ecclésiastiques ne pourra avoir lieu qu'avec l'approbation des deux autorités supérieures¹⁾. » Die Veräußerung des Stiftsgutes des Kapitels St. Nikolaus wurde an die Genehmigung der vorgesetzten Behörde (commission de surveillance mixte) gebunden²⁾: « aucune aliénation des biens du chapitre de la mense capitulaire et de tous les bénéfices curiaux ou fondations y annexés, ne pourra avoir lieu qu'avec l'approbation des autorités compétentes. »

Die Bestimmungen über die Veräußerungen von Kirchengut wurden in einem Cirkular an die Notare zusammengefaßt wie folgt³⁾:

« La mense épiscopale, le Séminaire et les autres fondations ayant une destination spéciale (§ 1 de la convention du 23 avril 1858).... ne peuvent constituer hypothèque.... vendre ou échanger des immeubles, que munies d'une autorisation spéciale du Conseil d'Etat. En sont toutefois exceptés les biens de la fondation Féguely, dont le R^{me} Evêque diocésain est seul administrateur, en vertu du testament du donateur, du 7 décembre 1837.

Les monastères rentrés dans l'administration de leur biens par l'arrêté du 3 décembre 1858 ne peuvent de même se livrer à aucun des actes prémentionnés, sans l'autorisation expresse du Conseil d'Etat.

L'autorisation du Conseil d'Etat, en ce qui concerne l'autorité civile, est pareillement requise pour toute aliénation.... d'immeubles, constitution d'hypothèques etc. de la part du Vén. Chapitre de St-Nicolas, et des différentes foundations énumérées aux art. 1 et 10 de l'arrêté du 25 août 1858 (Bulletin XXXII.)

¹⁾ Bulletin XXXII, p. 39.

²⁾ Bulletin XXXII, p. 73.

³⁾ Bulletin XXXII, p. 240 ff. (31. October 1859).

La commission de surveillance des biens du Vén. Châpitre devra être munie d'une semblable autorisation pour agir au nom des bénéfices annexés à la mense capitulaire. (Bulletin XXXII, p. 242).

Tous les autres bénéfices ecclésiastiques du canton devront produire, en conformité des art. 8, litt. 9 et 10 de la convention du 23 avril 1858, une autorisation spéciale du Conseil d'Etat, jointe à celle qui leur aurait été délivrée par le R^{me} Evêque diocésain.

Si toutefois, il s'agit d'immeubles devenus la propriété du bénéfice par voie d'investiture ou de collocation, il leur suffira, pour en opérer la vente, qui devra toujours être précédée d'enchères publiques, de produire un acte d'adhésion de leur commune ou paroisse respective. »

Den Bestimmungen über Veräußerung von Immobilien fügte die Diözesangeseßgebung eine Verordnung über den Verkauf von Möbilien zu¹⁾: Parochis et ecclesiarum rectoribus omnino prohibemus, ne res antiquitate vel artificio pretiosas ad ecclesiam pertinentes, ut libros manuscriptos, imagines, ornamenta texta denticulata (garnitures) vel serica, vitra picta (vitraux), armaria, calices etc. vendere aut alienare praesumant absque nostra speciali licentia. »

Diese beiden Bestimmungen bilden über die Veräußerung von Kirchenvermögen heute geltendes Recht.

¹⁾ Statuta diœcesana seu Constitutiones synodales a C. Mermilliod ep. Laus. et Geb. edita. Friburgi Helvet. 1885, pars II, § 1.

Anhang.

Das Freiburger Landrecht.

Unsere bisherigen Ausführungen über das kirchliche Vermögensrecht betrafen das Stadtgebiet und die alte Landschaft, zu welchen seit Ende des 15. Jahrhunderts durch Pfandschaft, Kauf, Abtretung und Eroberung eine Reihe von Territorien hinzukamen. Die meisten dieser Territorien hatten ihr eigenes Landrecht und ihre besonderen Ortsrechte und Ortsstatuten. Diese Land- und Ortsrechte, welche ursprünglich als ungeschriebenes Gewohnheitsrecht in Geltung waren, wurden im Laufe der Zeit, seit dem 14. Jahrhundert, die meisten vom 16—18. Jahrhundert schriftlich fixirt. Das wichtigste dieser Landrechte war die Waadtordnung¹⁾, welche in einem großen Teile des Kantons Freiburg Geltung hatte, ferner das Landrecht von Jaun²⁾ und die Coutumiers von La Roche³⁾, Gruyère, Estavayer und Murten⁴⁾. Dazu kommen noch zahlreiche Ortsrechte und Ortsstatuten⁵⁾. Obwohl diese Territorien anfänglich unter der Herrschaft Freiburgs ihr eigenen Rechtsgewohnheiten beibehalten konnten⁶⁾, so war es doch natürlich, daß dieselben im Laufe der Zeit dem besser ausgebildeten und durch die Handhabung des Rates stärkeren städtischen Centralrecht weichen mußten. Zudem galt das Stadtrecht von vornherein in der neuen Landschaft als

¹⁾ Herausgegeben von Schnell und Heusler in der Zeitschrift für schweizerisches Recht, Bd. 13, 14, 15.

²⁾ Von mir herausgegeben in „Freiburger Geschichtsblätter“ 1902.

³⁾ Herausgegeben von Forel in Mémoires et documents de la Société d'histoire de la Suisse romande, Bd. 27.

⁴⁾ Sämtliche unedirt im Freib. Staatsarchiv und Kantonsbibliothek.

⁵⁾ Die ältesten herausgegeben von Forel in Mémoires et documents, Bd. 27 (S. Tableau, p. LXIII) die übrigen unedirt im Freib. Staatsarchiv.

⁶⁾ Vgl. meine «Introduction à l'histoire du droit fribourgeois» (Mélanges d'histoire fribourgeoise 1898, p. 23 ff).

subsidiäres Recht; die Verordnungen des Rates, welche speziell seit dem 16. Jahrhundert über öffentlich-rechtliche, kirchliche und kirchenrechtliche Verhältnisse erlassen wurden, hatten für sämtliche Territorien Rechtsverbindlichkeit. So finden wir, daß die Bestimmungen in Bezug auf das kirchliche Vermögensrecht bis Mitte des 16. Jahrhunderts für Stadt und alte Landschaft, seit Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts für Stadt und Landschaft, Stadt und Vogteien und schließlich für Stadt, alte und neue Landschaft erlassen wurden¹⁾). Seit der Vereinheitlichung und der Kodifizierung des Rechtes in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ist jede Unterscheidung zwischen Stadtrecht und Landrecht aufgehoben.

Die Bestimmungen des Freiburger Landrechts über kirchliches Vermögensrecht sind folgende: Die Testirfreiheit wird in den Landrechten anerkannt²⁾). Personen ohne rechtmäßige Erben können frei und ungehindert über ihr Vermögen verfügen. So bestimmt das Landrecht von Jaun³⁾: „Diewyl wir all von Gott dem herrn uf disem ertrich unser eignen güetren halb fry sind gesetzt, haben wir bemelten unsern landlütten auch zugelassen, das wo under inen ein frye person were, die kein natürlich und rechtgemeß erben hette, dieselbe ir fry gut, so der todnen Hand uit underwürfig ist, frylich hingeben und vergaben möge, wan es ir gevalt.“ Die Schenkungen und Legate ad pias causas müssen als gültig anerkannt werden, auch wenn das Testament annulliert wird. Der Coutumier d'Estavayer sagt darüber⁴⁾: « Donations et legats compris aux testaments ou codicilles et faits par dévotion ou piété devront être valides et être observés par les héritiers, encore que le testament dit serait annulé et révoqué, si ce n'est que les héritiers puissent révoquer par le droit telles donations pour d'autres raisons ». Die Schenkungen mortis causa sind zulässig, können aber durch nachfolgen-

¹⁾ B. Projektbuch 1547 (Légl. et var. 57, fol. 1^b), 1580 (Légl. et var. 58, fol. 95); Mandatenbuch III, fol. 34^b (1611); Ratsmanual vom 24. März 1729 und 30. Juni 1756.

²⁾ B. Coutumier von Estavayer, Gruyère, Murten, Waadtordnung.

³⁾ Freiburger Geschichtsblätter 1902, p. 25.

⁴⁾ Manuskript der Kantonsbibliothek, fol. 70.

des Testament aufgehoben werden, die Schenkungen inter vivos werden durch ein nachfolgendes Testament nicht aufgehoben¹⁾. Von erblosem Gut soll « la quarte partie des dict biens pour lameur de Dieu la ou sera le mieux employé sellon leur (d. h. des Métral und der Geschworenen) conscience » gegeben werden²⁾.

Das Landrecht kennt auch die Erwerbsbeschränkungen und die Amortisationsgesetze. Das Landrecht von Jaun macht die Gabungen davon abhängig, daß dieselben, „mit vorbehaltung der herrschaft gerechtigkeit und mit gedingen... sölle für uns, ehe si kraft hab, gebracht und durch uns bestettigt werden³⁾.“ Die Waadtordnung bestimmt⁴⁾:

1. Tout ainsi que droict de sufferte transporte debuoir de fied en directe, ainsi aussi admortisacion transporte droict de directe en faueur des non capables de deseruir à directe à cappabilité à l'egard de tel incapable. Et sont incapables posseddir biens subiectz à directe gens d'eglise ou communauté⁵⁾, attendu que bien peu souuent aduient iceux transporter de soy en aultre le bien comment dessus mouuant, comme feroit une personne particulière, à raison de quoy la

¹⁾ Waadtordnung und Coutumier von Gruhère.

²⁾ Coutumier de la Roche (Mémoires et doc. 27, p. 345).

³⁾ I. c. p. 25.

⁴⁾ B. für schweizer. Recht, Bd. 15. Rechtsquellen p. 13; chap. 3. Des admortisacions.

⁵⁾ Bgl. Boyve, Remarques sur les lois et statuts du pays de Vaud. Neuchâtel 1756, I, p. 113: « Il convient d'observer que la loi ne déroge pas à l'incapacité, où sont les corps, *gens de main morte*, d'acquérir des fonds, sans la permission expresse du Souverain, si ce n'est par des acquisitions forcées, comme par subhastation ou par décret, pour se payer de ce qui leur est dû, mais en ce cas, ces corps de communauté doivent remettre ces fonds ainsi acquis dans le commerce, en mains capables, dans le terme de vingt ans, à compter depuis leur acquisition, à défaut de quoi ces corps paieront un second lod. Si le fonds acquis par une communauté est du fief du Souverain, outre le lod de l'acquisition, on impose, une somme une fois payée, tant pour les lettres d'amortissement ou de permission que pour la perte qui arrive par la main morte sur les droits régaliens, tels que sont les droits de deshérence, de traite foraine et de batarde. »

main et le lod du seigneur direct est mort, et tel droict et consentement est volontaire, comme la sufferte, dont l'on en peult composer directement.

2. Venant cas toutefois aucun seigneur direct avoir promis à ung non capable de luy passer admortisacion, sans hauoir declaré le moyen et reuenu d'icelle, plus oultre ne peult exiger à raison de ce que la moiety de la piece de directe vault, estant icelle piece de simple directe seulement, et si icelle se trouue feudalle sans hommaige, auecq la dicté directe peult exiger les troys partz de la chose ainsi mouuante et soy trouuant auecp ce hommagiere, ung chacun joutxe sa qualité demander de admortisacion¹⁾, comme la chose ainsi mouuante peult valloir, et c'est ce que l'on appelle debuoir de tot quot, et oultre ce le seigneur direct à raison d'ung chacun florin luy provenant de son admortisacion au lieu de lod peult imposer de cense payable à chaque changement soit de seigneur et tenementier, semblablement ung denier bonne monoye, comme la sufferte²⁾ faict, et telles amortisations sont entendues pareilles à l'esgard de chaque qualité de fied.

3. Chose admortisee reuenant à main capable reuient aussi en debuoir à son seigneur en sa qualité, comme la sufferte reuient en la sienne et d'icelle l'on se peult dessaisir pour rendre égal tenementier, comme par coustume de sufferte est declaré.

Fine neuere Fassung des Coutumier de Vaud fribourgeois

¹⁾ Boyve, Définitions ou explications des termes du droit consacrés à la pratique judiciaire du pays de Vaud. 2^{me} éd. 1766, p. 210 : « La permission que le souverain accorde aux fins susdites, s'appelle amortissement, d'où il résulte que l'amortissement n'est qu'une licence, que le Seigneur d'arrière fief accorde aux gens de main morte, de pouvoir posséder un immeuble, soit moyennant un dédommagement de la perte qu'il souffre de la possession de main morte, soit sans dédommagement. »

²⁾ Boyve, l. c. p. 210 : « Quand le fond de main morte relève de la Directe d'un vassal, les gens de main morte doivent aussi dédommager et on appelle ce dédommagement droit d'indemnité ou de soufferte. »

enthält erste Bestimmungen in folgender Form¹⁾: « Les gens de main morte, comme communauté religieuse ou laïque, les villes, les hôpitaux, les collèges ne peuvent pas posséder des biens immeubles sans la permission de Leurs Excellences. La permission obtenue aux fins susdites s'appelle amortissement. Alors le seigneur direct ou de fief peut imposer différentes conditions à cet amortissement peut se dédommager de la main morte. »

Die Höhe dieser Amortisationsteuer und der Soufferte wird unter 2. durch die Waadtordnung bestimmt. In der Praxis bestand keine feste Regel: die erhobenen Amortisationstaxen scheinen auf Freiburger Territorium ziemlich mäßig gewesen zu sein. Die Amortisation mußte bezahlt werden für Erwerb von freiem und von Lehngut, sowie für jeden Erwerb von Sachenrechten. Wenn die Amortisation nicht bewilligt wurde, so waren die Glieder der toten Hand verpflichtet, die Güter in der Regel innerhalb drei Jahren in fähige Hände zu setzen. Neben der Amortisation mußte die tote Hand dem Lehns- oder Zinsherrn eine Entschädigung (Soufferte), wegen der ausfallenden Einnahmen, bezahlen. Diese Abgaben wurden nach dem Werte des Stücks taxirt und entweder ein für alle Mal, oder von zwanzig zu zwanzig Jahren oder als Jahresabgabe entrichtet²⁾.

Nach den Landrechten kommen für das Freiburger Territorien noch in Betracht die Ortsrechte, welche ebenfalls Bestimmungen über das kirchliche Vermögensrecht enthalten.

Die Ortsrechte kennen die Testirfreiheit³⁾, sowie die Dispositionsbefugniß über Mobilien und Immobilien⁴⁾, ferner die

¹⁾ Livre II, titre 2, Loy 3 : Des admortisations, fol. 124 (Freib. Staatsarchiv).

²⁾ Bgl. Coutumier de Vaud fribourgeois I. c. fol. 124.

³⁾ Gruyère, 2. November und 4. Dezember 1388. Mémoires et documents X, p. 143—44.

⁴⁾ La Roche, 7. April 1438. Mémoires et documents, Bd. 27, p. 248 : « Item quod ipsi homines possunt et debent quilibet ipsorum, si voluerint et sibi placuerit, libere vendere, obligare, donare et alienare in toto vel in parte eorum terras, possessiones et edificia, ac alia bona sua quecunque.

Vergabungsfreiheit ad pias causas¹⁾), dieselben gestatten Legate für Kirchbau²⁾, anerkennen zu Gunsten der klösterlichen Genossenschaften das Erbrecht an Ordensleuten³⁾). Dagegen sind die Ordensleute selber nicht erbfähig, es sei denn, die Zuwendung geschehe durch Schenkung⁴⁾. Es wird ferner die obrigkeitsliche Genehmigung zu Liegenschaftserwerb durch Gotteshäuser gefordert⁵⁾. Die Ortsrechte kennen also auch die Amortisationsgesetze und die Beschränkungen der Erwerbsfähigkeit, welche, wie oben ausgeführt, im Laufe des 17. Jahrhunderts auf sämtliche Territorien ausgedehnt wurden.

¹⁾ Corbières, 3 juillet 1390. Mémoires et documents, Bd. 27, p. 190—91: « Si quis burgensis aliquid acquisierit et illud emendare vel assignare voluerit, libere facere potest sive in infirmitate sive in sanitate, et heredes sui illud reddere tenentur, nisi illud ante obitum suum emendaverit et... pro salute anime sue, coram duobus viris honestis, dederit vel assignaverit in elemosinam, dum ire potest et equitare libere et sine contradicione facere potest et heredes sui illud reddere tenentur, et (si) in infirmitate ceciderit et recordatus fuerit parum in elemosinam dedisse vel assignasse, tunc libere usque ad sexaginta solidos in elemosinam semel dare potest. (Diese Bestimmungen ist der Freiburger Handfeste § 24 entnommen). Et mulier, marito suo contradicente et liberis suis, si voluerit dare vestimenta sua in elemosinam, libere facere potest. »

²⁾ Würnnewyl 1687 und 26. Mai 1716. Stiftsarchiv der Augustiner Y. 52 und 56.

³⁾ Fille-Dieu, 14. Dezember 1563. Ratserkanntnüssenbücher X, fol. 172 b; Zeitschrift für schweizerisches Recht XXI. Rechtsquellen p. 56: « La coutume et droit des dicts monastères estre tel et dancienneté jusques apresent auoir este ainsi usite que quand une personne de religion de cede de ce monde delaissant bien propre soit meuble ou immeuble, le couvent et monastere succedent en tous ses biens et non ses parens et consanguins. »

⁴⁾ I. c. p. « D'autant que semblablement decedant lung de ses parens elle ne peut pretendre succession sur ses biens delaisses sil nest que par donation le decede les aye faict participant et mesme raison de ce que les aquis fait du temps quelle a este en religion proviennedt de lemolument de la maison a la quelle aussi ils doient retourner et appertenir. » (Diese Bestimmung steht unter dem Einfluß des Stadtrechts. Vgl. Municipale §§ 329 und 404)

⁵⁾ Marjens, 18. Dezember 1636, 24. Oktober 1641. Stiftsarchiv, P. 15.

Den größten Raum in den Bestimmungen der Ortsrechte über kirchliches Vermögensrecht nimmt natürlich das Zehntrecht ein, sowie die Bestimmungen über Rechtsame, Titel, Einkünfte, Primitien, Zinsen, Zins- und Zehntstreitigkeiten u. s. w.. Wir können hier nicht näher darauf eingehen; die Ortsrechte kennen Ried-, Stock-, Rüti-, Klein- und Novalzehnt; dieselben enthalten Bestimmungen über Stiftungen, Benefizien, Gültten, Grundzinsen u. s. w.¹⁾.

Auch die Verwaltung und Verwendung des Kirchengutes ist in den Ortsrechten ziemlich oft berührt; wir finden darin Bestimmungen über Verwendung der kirchlichen Einkünfte, über Verwaltung des Kirchenvermögens und über Rechnungsablegung, über Instandhaltung der kirchlichen Gebäude, über kirchliche Baulast und über Unterhalt der Kultgegenstände und des Gottesdienstes²⁾.

Auch in Bezug auf die Ortsrechte gilt die Bemerkung, daß seit dem 17. Jahrhundert, zuerst neben die ortsrechtlichen Bestimmungen, später vielfach an Stelle derselben, das Centralrecht tritt. Doch haben sich noch hie und da auf Freiburger Territorium ortsrechtliche Bestimmungen vermögensrechtlichen Inhalt bis auf die neuere Zeit erhalten.

¹⁾ S. Repertoire des communes et des paroisses im Freiburger Staatsarchiv und die Ratserkanntnissenbücher von 1493—1797.

²⁾ S. die Quellen wie No. 1, ferner die Uebersicht der Freiburger Ortsrechte und Auszüge in Zeitschrift für schweiz. Recht, XXI, Rechtsquellen, p. 76 ff., XXII, Rechtsquellen, p. 45 ff.